

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mtl. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mtl.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schäftsleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Erfahrung.

„Die Erfahrung nimmt allerdings ein hohes Schulgeld, aber sie unterrichtet auch nie kein anderer Lehrer.“ (Carlyle.)

Es gehört zum erfahrenen Alter, der Jugend von seiner Lebensweisheit mitteilen zu wollen, um sie vor Irrtum und Enttäuschung zu bewahren; es ist aber auch Sache der lebensfreundlichen Jugend, von dem angebotenen Kapitale möglichst wenig Gebrauch zu machen, sondern auf einige Kosten Lebenserfahrungen zu sammeln, und sollten sie auch noch so teuer bezahlt werden müssen. Diese selbständige Auseinandersetzung mit dem Leben muß man der Jugend lassen, wenn sie ihr auch bittere Stunden bringt und manche Wunden schlägt.

Wohl mag es zur Vorsicht anregen, wenn ergraute Menschen den Unerfahrenen Beterschung der Dinge empfehlen; aber weit wirksamer ist es, zu erleben, wohin es führt, nicht zur rechten Zeit zu schweigen. Gründliche Kenntnisse nach unvorsichtigen Worten belehren mehr als die besten Ermahnungen, daß Schweigen Gold ist. — Einer sagt es dem andern, daß man sich auf Menschen nicht unter allen Umständen verlassen kann; wer aber selbst Wortbrüchigkeit und Unzuverlässigkeit in schwierigen Fällen erfahren hat, der bedankt bei nächster Gelegenheit, daß Gottes Güte und das Einsehen eigener Kraft die besten Stützen im Leben sind. — Wer ein langes Leben zurückgelegt hat, weiß ein Lied zu singen über den Wechsel von Sonnenschein und Regen. Junge Menschen sehen nur die Sonne am Himmel, für die Wollen haben sie kaum ein Auge. Doch das Leben nimmt sie in die Schule. Wenn eine zeitlang das Glück lacht, dann bricht das Leid herein; mag die Lebenslust sich auch noch so sehr dagegen kümmern, es verschont niemand, jeden will es belehren, daß man in diesem Leben nicht auf Glücksdauer rechnen darf, daß die Sonne hinterdünne kommt und geht, um erst in einem andern Leben ewig zu leuchten.

Nur dem erscheint das Leben als brückende Bürde, der nicht einsehen will, daß die leidvollen und freudvollen Ereignisse in ihrem Wechsel das Leben reich machen. Einzig Erfahrungen lehren andere verstehen; sie führen zu der Erkenntnis, daß jedes Menschenjüngling ernst zu nehmen ist, daß jede Falte im Gesichte sozusagen ihre Geschichte hat. Erfahrung entwickelt geistige Energie, sie erzieht die starke Persönlichkeit.

Mutig ins Leben hineinzutreten und kräftig erleben und arbeiten, was uns jeder Tag über uns und andere lehrt, umsonst, ein je höheres Schulgeld die Göttererfahrung von uns fordert. Das muß uns Lebensparole werden!

Die Arbeitszeit in der preussischen Großindustrie im Jahre 1910.

II.

Es war kein erfreuliches Bild, was wir in unserem vorigen Artikel über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie zeichneten. Die Bekanntmachung des Reichskanzlers hat sich hinsichtlich der Einschränkung der Ueber- und Sonntagsarbeit sowohl als auch hinsichtlich der Sicherung genügender Arbeitspausen für die Hütten- und Walzwerksarbeiter als völlig ungenügend erwiesen. Nicht viel besser steht es auch um die wichtigste Schutzvorschrift der Bekanntmachung, der ununterbrochenen Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten. Wohl ist hier gegen früher, dank der unermüdbaren Tätigkeit der Gewerbaufsichtsbeamten eine geringe Besserung zu verzeichnen, aber, solange die Gerichte bergischen Ueberletzungen in der üblichen Weise nur mit ganz lächerlich geringen Geldstrafen (3, 5 bis höchstens 20 Mark) zu ahnden pflegen — und solange die Hüttenarbeiter nicht in stärkerem Maße sich zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe aufraffen, ist an eine durchgreifende Besserung auch in diesem Punkte nicht zu denken.

Zum Beweise dessen lassen wir nachstehend einige Stellen aus den Berichten der Regierungs- und Gewerbeämter für das Jahr 1910 folgen, die Herr Prof. Dr. Franke in Nr. 48 der Sozialen Praxis zusammenstellte. So berichtet der Beamte von Potsdam bezüglich der Beobachtung der Bestimmungen über die Gewährung der achtstündigen Ruhezeit: „In der Hauptsache war die Ueberarbeit auf einige Auszüge zurückzuführen... es wurden (beim Fehlen von Arbeitern) die entsprechenden Arbeiter der anderen Schicht wieder zur Ueberarbeit von mehr als 6 Stunden herangezogen, ohne daß ihnen die vorgeschriebene Ruhezeit von 8 Stunden vor Eintritt der nächsten Schicht gewährt wurde.“ Der Bericht von Döbeln sagt u. a.: „Ueberarbeit wird — zum wenigsten gelegentlich — in allen Eisenhütten geleistet, keine kommt ohne sie aus... Alles in allem kann nicht verkantet werden, daß die Durchführung der Bekanntmachung... einem früher weit über die Grenzen des Notwendigen ausgedehnten Ueberstundenwesen gesteuert hat.“

„Der zunächst von den neuen Bestimmungen herbeigeführte Erzeugungsausfall hat sich durch veränderte Betriebsbedingungen oder eine veränderte Betriebsregelung im großen und ganzen abstellen lassen. Zwischen sind in großen und ganzen Leistungssteigerungen oder andere Vorteile zu verzeichnen gewesen, die von den sonst mit der Bekanntmachung immer noch nicht recht ausgeführten Betriebsleitern angenehm empfunden wurden. Beispielsweise ist in einem Walzwerk die tägliche Walzgutmenge unter dem Einflusse der Bekanntmachung zunächst von etwa 220 Tonnen auf rund 200 Tonnen gesunken, neuerdings aber wieder auf

mehr als 230 bis 240 Tonnen gestiegen. Die Steigerung ist durch Einstellung einer genügenden Zahl von Ersatzleuten und durch Einführung von zwei achtstündigen Schichten statt der früher üblichen zwölfstündigen erzielt worden. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die erhöhte Leistung schon in zweimal 8 = 16 Stunden erreicht wird und daß das Werk für die übrigen 8 Stunden des Tages die Ausgaben für den Betrieb der Walzenstraße erspart und diese Zeit für eine weitere Leistungssteigerung noch verfügbar hat.“

Des ferneren berichten über diesen Gegenstand Magdeburg: „Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß vor dem Erlaß der Bekanntmachung die Fälle übermäßiger Ausdehnung der Arbeitsschichten und unzureichender Ruhezeiten für die Arbeiter ungleich häufiger eingetreten sein werden als heute und daß die Bekanntmachung hierin Wandel geschaffen hat, ohne auf die Produktion der Werke von hemmendem Einfluß zu sein.“ Schleswig: „Die stündige Mindestruhezeit ist allen Arbeitern des Werks (das sonst mit großen Schwierigkeiten zu knüpfen und eine starke Ueberarbeit aufzuweisen hatte) regelmäßig gewährt worden.“ Silbesheim: „Der auffällige Rückgang der Ueberstunden des Hochofenwerks erklärt sich aus den im Vorjahr vorgenommenen Umbauten und Erweiterungen... Auf den Umfang der Ueberarbeit waren die Produktionsveränderungen von wesentlich geringerer Einwirkung als die Betriebsstörungen... In allen Fällen, in denen eine 16stündige Arbeitsdauer überschritten war, wurde der Beginn der nächsten Schicht soweit hinausgeschoben, daß den Arbeitern mindestens 8 Stunden Ruhe verliehen... Die Feuerarbeiter waren mit Ueberstunden weniger belastet als die übrigen in den Produktionsverhältnissen beschäftigten Arbeiter... Die Zahl der monatlichen regelmäßigen Arbeitsstunden eines Feuerarbeiters betrug im Hochofenwerk 339, im Martinwerk 300, im Thomawerk und im Walzwerk 292 Stunden.“ Osnabrück: „Ein Rückgang der Ueberarbeit war... für dieses Jahr nicht festzustellen...“ Münster i. W.: weist einen geringen Rückgang der Ueberarbeit nach: „Die Beschränkung der Ueberarbeit durch die Bekanntmachung der Bekanntmachung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 8 Stunden konnte innegehalten werden.“ Arnberg, das von weiteren Fortschritten einer Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit in den übrigen Gewerben zu berichten weiß, stellt für die Großindustrie „eine merkwürdige Vermehrung der geleisteten Ueberarbeit“ fest; nur für die Bezirke Unna und Lüdenscheid ergab sich eine Abnahme. „Auch die durchschnittliche Dauer der Ueberarbeit für Tag und Arbeiter ist gegen das Vorjahr von 0,41 Stunden auf 0,55 Stunden gestiegen.“

„Außer (den) aus dem Betriebe und dem Grade der Beschäftigung sich ergebenden unvermeidlichen Ueberarbeiten gibt es andere, die sehr wohl ganz vermieden oder doch bedeutend vermindert werden könnten. Dem Betreiben vieler Betriebsleiter, dies Ziel zu erreichen, steht sich allerdings oft die Gewohnheit und der Wunsch der Meister und Arbeiter entgegen, sich in der Ueberarbeit einen gut bezahlten Nebenverdienst zu erhalten. Wie erheblich eine energische Betriebsleitung das Untersetzen der Ueberstunden einschränken kann, zeigen die Verhältnisse eines Walzwerks, in welchem seit Eintritt eines neuen Betriebsleiters vom April bis Dezember nur 1961 Ueberstunden geleistet wurden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 5090 Ueberstunden zur Verrechnung gekommen sind.“

Dagegen halte man eine Mitteilung aus Trier, die zu berichten weiß, daß eine auffällige Steigerung der Ueberstunden in einem Stahlwerk auf einen Personalwechsel in der Betriebsleitung zurückzuführen ist. Während der frühere Leiter des Werks das Bestreben hatte, möglichst ohne Ueberarbeit auszukommen, sucht der jetzige durch Forcierung des Betriebs die Produktion zu steigern. Infolgedessen stiegen die Ueberstunden von 53 im Dezember 1909 auf 2384 im November 1910, also um das 45fache. Allgemein sagt der Bericht:

„Ein nicht unerheblicher Teil der Ueberarbeit ist auf die Gewohnheit der in Betracht kommenden Betriebsbeamten zurückzuführen, die nur ungern von dem seit Jahren geübten Verfahren abgehen, zumal die Einschränkung der Ueberarbeit einen besonderen Grad von Geschäftlichkeit in der Regelung der Arbeiten erfordert. Unterstellt wird das Verhalten der Betriebsleitungen vielfach durch das namentlich bei älteren Arbeitern mit kinderreichen Familien vorhandene Bestreben, durch äußerste Ausnutzung der Körperkräfte ihren Arbeitsverdienst nach Möglichkeit zu steigern.“

Wiesbaden berichtet: „Eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf mehr als 16 Stunden ist im ganzen 526 mal vorgekommen.“ Der Bericht erwartet, daß die Ueberarbeit durch Verbesserungen in den Werkanlagen eingeschränkt werde. Koblenz weist eine leichte Abnahme der Ueberarbeit auf: „Besonders in der letzten Zeit sind die Fälle, in denen die stündige Ruhezeit nicht eingehalten wurde, seltener geworden.“ Köln sagt, daß eine Ausdehnung der Schicht über 16 Stunden an Werktagen in 6707 Fällen stattgefunden hat; ein großer Teil davon stellte sich als verlängerte Sonnabend- schicht dar:

„Es wurden dort (in 3 Stahlwerken) häufig sämtliche Arbeiter der Tagsschicht bis zu 12 Stunden... überbeschäftigt... Gegen die sich hieraus ergebende 24stündige Arbeitszeit konnte nicht eingeschritten werden, weil den Arbeitern vor der nächsten, am Montagmorgen um 6 Uhr beginnenden regelmäßigen Schicht eine 24stündige Ruhepause gewährt und damit dem § 4 genügt wurde.“

Der Leiter eines dieser Betriebe war früher der Meinung gewesen, eine Verlängerung der 12stündigen Schicht im Stahlwerk sei schon mit Rücksicht auf die durch eine zu lange Arbeitszeit eintretende Vergrößerung der Unfallgefahr unzulässig; Jedenfalls sei er nicht gewillt, die strafrechtliche Verantwortung für Unfälle zu übernehmen, die in diesen langen Schichten eintreten könnten. Nachdem die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 Schichten von mehr als 12stündiger Dauer zugelassen hat, ist diese Besorgnis geschrumpfen.“

Das ist jedenfalls eine sehr unerfreuliche Folge der Verordnung!

Das weitaus bedeutendste Gebiet der Großindustrie Deutschlands ist der Regierungsbezirk Düsseldorf. Mit 64 097 Arbeitern in 212 Betrieben übertrifft er Arnberg mit 46 532 und Döbeln mit 31 826 Arbeitern ganz erheblich. Leider aber steht dieser Bezirk auch hinsichtlich der Ueberarbeit an der Spitze: 31 574 Arbeiter, 49% der Gesamtzahl, leisten durchschnittlich monatlich Ueberarbeit, die Zahl der Ueberstunden beträgt im ganzen Jahre 7,5 Millionen, davon 3,3 Millionen am Sonntag. Klagen der Werke über die ihnen durch die Auflegung der Ueberarbeitszeitverzeichnisse erwachsende große Belastung waren häufig. Andererseits wurde anerkannt, daß die Verzeichnisse den Werken wertvolles Kontrollmaterial für die Betriebsführung liefern und daß einseitige Betriebsleiter darin ein willkommenes und wirksames Hilfsmittel erblickten, „um die zumeist recht kostspielige und wenig produktive Ueberarbeit möglichst einzuschränken.“ Die durchschnittliche Dauer der Ueberarbeit betrug in den Hauptbetrieben allgemein 0,59 und für die Sonntage 2,81, in den Reparaturwerkstätten allgemein 0,93 und für die Sonntage 3,53 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung der Ueberarbeit für Tag und Arbeiter von 0,55 auf 0,65 Stunden eingetreten. Bezüglich der Pausen hat sich nichts wesentliches geändert. Für etwa 8000 Arbeiter war eine Verkürzung der einstündigen Mittagspause um ¼ bzw. ½ Stunde erfolgt. In den meisten Fällen von mehr als 16stündiger Arbeitszeit wurde die stündige Ruhezeit vor der nächsten Schicht eingehalten. Zahlreiche Verstöße gegen die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit wurden festgestellt, so 726 Fälle, in denen Arbeiter am 2. oder 3. Sonntag nicht die erforderliche Ruhezeit erhalten hatten. Fälle, in denen Arbeiter bis zu 8 Sonntagen hintereinander und bis zu 12 Stunden beschäftigt wurden, gehörten in den ersten Monaten nicht zu den Seltenheiten, später hörten so schwere Verstöße ganz auf und auch die leichteren wurden seltener.

Und nun das Fazit aus dem Angeführten: Die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 19. Dezember 1908 hat sich für die Eindämmung der überlangen Arbeitszeit in der schweren Industrie als völlig wirkungslos erwiesen. Die Arbeitszeit in der Großindustrie ist trotz aller Bemühungen der Gewerbaufsichtsbeamten im zweiten Jahre der Geltung der Bekanntmachung noch erheblich gestiegen. Selbst die Verstöße gegen die Bestimmung der ununterbrochenen achtstündigen Ruhezeit zwischen zwei Schichten sind noch außerordentlich zahlreich. Auch hinsichtlich der Dauer und Häufigkeit der Sonntagsarbeit ist gegen das Vorjahr eine Verschlechterung eingetreten. Ueberaus bedauerlich aber ist der Umstand, daß die Bestimmungen über die Pausen durch die zahlreichsten Ausnahmegerbilligungen seitens der Regierungspräsidenten für eine überaus große Zahl gerade derjenigen Arbeiter, die sie am nötigsten hätten, illusorisch gemacht wurden. Die Handhabung der Vorschriften bezüglich der Pausen, wie sie beispielsweise im Berichtsjahre im Bezirk Trier (zu dem Saarabien gehört) beibehalten wurde, fordert den entschiedensten Protest heraus. Es zeigt sich aber hier wieder deutlich, daß die Regierung mit den jaghaften Bestimmungen der Verordnung bei dem Großkapital nichts erreicht; hier muß nach dem Grundsatze verfahren werden: Handgrat, werde hart! Das eine Gute aber hat die Bekanntmachung doch zur Folge: Sie hat eine Menge Material an die Öffentlichkeit gebracht, wodurch weitere Schritte für die von uns seit langem vertretene Ansicht gewonnen wurden, daß in der Großindustrie dem Arbeiterschutz nur durch dringende gesetzliche Maßnahmen Eingang verschafft werden kann.

Nicht zuletzt aber ist es nun auch an den Hüttenarbeitern selbst, durch Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband und durch eifrige gewerkschaftliche Betätigung zu zeigen, daß sie auch gewillt sind, für die Besserung ihrer Lage nach Kräften mitzuwirken. Darum, ihr Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter, hinein in eure Organisation; denn ernsthaft kann ja schließlich nur der von andern Hilfe beanspruchte, der auch das Seinige zu tun bereit und entschlossen ist. Darum weg mit der Lethargie, auf zur befreienden Tat!

Leuerung!

Seit einem Jahrzehnt haben wir eine langsame, aber stetige Erhöhung der Preise für fast alle Lebens- und Genussmittel und Bedarfsgegenstände für den Haushalt zu verzeichnen. Alles plagt über kurze Zeiten. Teure Zeiten sind aber nicht immer schlechte Zeiten. Es kommt stets darauf an, ob im gleichen Maße, wie die Preise steigen, auch die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung sich vermehren. Im allgemeinen ist festzustellen, nicht bloß von uns, sondern auch von sozialdemokratischer Seite, daß die Preissteigerungen des letzten Jahrzehnts für breitere Arbeitervreise durch Lohnverbesserungen vielfach

ausgeglichen sind, sodass man von einer Verschlechterung der Lebenslage im allgemeinen nicht reden kann. Freilich ist darin immerhin die bemerkenswerte Tatsache enthalten, dass auch bei uns namhafte Verbesserungen eingetreten sind. Es wäre schon kaum zu erwarten, dass die deutsche Volkswirtschaft, wenn sie, ohne Verschlechterung der bestehenden Kulturverhältnisse, anpassend, die Lebenshaltung ihrer steigenden Bevölkerung stabil gehalten hätte. Im letzten Jahrzehnt betrug die Zunahme der Bevölkerung rund 9 Millionen. So weit also eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse gegenüber früheren Zeiträumen zu verzeichnen ist, darf man sie nicht unbedingt als eine direkte Verschlechterung der Lebenslage. Vielmehr ist es die Erhöhung der Preise bis zu einem gewissen Grade durch die Erhöhung der Produktionskosten, die sich im letzten Grunde zum großen Teil aus Arbeitsleistungen und Arbeitelöhnen zusammensetzen, verursacht. Die Erhöhung der Löhne muss indirekt eine Steigerung des Preises für die Produkte zur Folge haben, sobald sie nicht durch beschleunigte Neuerungen, Vereinfachung des Rohmaterials oder Vermeidung des Unternormernehmens auszugleichen wird. Es ist eine Erfahrungstatsache, dass die Quote des Unternormernehmens insbesondere keine Reduzierung erfahren hat. Die Möglichkeit, in einer kurzen Spanne Zeit mit Hilfe der rücksichtslossten Ausbeutung der Arbeitskräfte und Verschwendung sämtlicher hergestellten Waren Mehrerlös zu erwerben, war in der Weimarerperiode, zuletzt der Inflationszeit der Produktion sehr oft möglich. Heute ist sie zur Ausnahme geworden. Der Unternehmerrisiko muss eine bestimmte Höhe haben, soll er das Kapital anziehen, sich an den Unternehmungen zu beteiligen. Die Preise der Rohstoffe sind abgesehen von den Schwankungen des Marktes selbst, kaum billiger geworden. Auch auf sie wirken tendenz die Verbrauchssteuern, sowohl im Inland als im Ausland. Dass die Löhne unter dem Druck der gewerkschaftlichen Aktionen und infolge einer ruhigen, stabilen Entwicklung unserer Industrie gestiegen sind, ist bestmöglich nachgewiesen. Soweit also höhere Preise für die Produkte die Folge sind von sozialer Verbesserung der unteren Volksschichten, kann und muss man sich damit abfinden. Einige Beispiele dafür:

Das größte Lohnelend

herrscht heute in der Feinindustrie. Die Löhne der Feinwerker sind um so niedriger, je geringwertiger das Produkt ist. Die Feinwerkzeugfabrikationen von Berlin und Frankfurt zeigten für Qualitätswaren der Feinindustrie stets bessere Löhne als für die Massenartikel, die von den unteren Volksschichten konsumiert werden. In dem Moment, wo es für die Feinindustrie gelingen würde, eine kleine Erhöhung der Preise für die Produkte zu erzielen, könnten die Löhne der Feinwerker in gleichem Maße aufgewertet werden. Es wird dies leider verhindert einerseits durch die Konkurrenz der Fabrikanten untereinander, andererseits, weil sich in dieser Industrie das Geld und die Arbeit stets in den niedrigsten Lohnbedingungen anbieten. Aber sicher ist, dass eine generelle Verbesserung der Feinwerkzeugverhältnisse zur Verbesserung oder als notwendige Nebenwirkung haben dürfte: eine Steigerung der Preise der fertigen Fabrikate.

Im deutschen Bergbau herrschen bis zur Gründung des Reichsverbands der Bergbauindustrien Zustände. Niedrige Löhne, massenhaft überhöhten und überhöhten, rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte, mangelhafte Durchführung der Arbeitsschutzgesetze. Nachdem durch das Reichsbergbaugesetz die Preise geregelt wurden, haben sich die Verhältnisse im Bergbau gehoben. Die größeren Gewinnüberwälte der Bergbauindustrien die Einführung aller technischen Neuerungen, wie auch Erhöhung der Arbeiterlöhne. Bedauerliche Entwicklungen kann man in der Eisenindustrie beobachten. Auch die Wichtigkeit der industriellen erarbeiteten Gewerkschaftsorganisationen nicht in jeder Hinsicht bessernd mit.

Es blühen noch manche Beispiele angeführt werden, wo die erste Voraussetzung für bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse bessere Preise für die Produkte wären. Inwiefern müssen wir uns also mit diesen Preissteigerungen abfinden. Ganz ähnlich liegt die Sache mit den Lebensmitteln. Es ist nicht richtig, wenn man die in den letzten Jahren erhabenen Preise für Fleisch, Brotgetreide usw. nicht an dem Rückgang der Wert und der Jahre, jenseit Jahre, wo Deutschland überflutet wurde durch den Überfluss der Agrarprodukte des Auslandes. Der Beweis hierfür ist schon darin gegeben, dass nicht bloß Deutschland, sondern auch die Länder um uns herum die gleiche Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen haben. Selbst Amerika, das Land mit seinen riesigen Agrarflächen, hat eine Steigerung der Fleischpreise fast um 150% innerhalb 10 Jahren erlebt, und der Preis für Brotfrüchte um 80%. In dem Maße, in dem die Getreide exportierenden Länder eine Industrie entwickeln, in dem Maße steigt in diesen Ländern der Lebensmittelpreis und damit vermindert sich das

Quantum, das für den Weltmarkt also auch zur Verfeinerung unserer Bedürfnisse in Deutschland abgegeben werden würde. Weiterhin aber steigen auch die Produktionskosten der Agrarwirtschaft. Solange Amerika über jungfräulichen Boden verfügte, der ohne erhebliche Arbeit und ohne Länger die besten Produkte lieferte, konnte es für den Inlandsverbrauch und den Export billige Preise normalisieren. In dem Augenblick, wo zur Düngewirtschaft übergegangen werden musste infolge der Erschöpfung der natürlichen Bodenkraft, und gleichzeitig mehr Arbeitskosten aufgewendet werden mussten, stiegen die Preise rasch.

Die Gerechtigkeit verlangt, für

die Ursachen der Preissteigerung

auch die anderen Umstände in Rechnung zu ziehen, die mitbestimmend sind. Die deutsche Inlandsproduktion an Fleisch und Brotfrucht ist gewaltig gestiegen. Die Steigerung dieser Produktivität unserer Landwirtschaft hatte zur notwendigen Voraussetzung eine bessere Preisgestaltung für ihre Produkte — der schädliche Vorgang, wie oben beim Bergbau, der Feinindustrie und der Eisenindustrie geschildert. Eine bessere Preisbildung für die Landwirtschaft war erst möglich durch unsere neuzeitliche Wirtschaftspolitik. Erst nachdem für einen längeren Zeitalter die deutsche Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes einigermassen geschützt war, konnte sie sich mit mehr Intensivität auf die Bewirtschaftung des Bodens und auf die Viehzucht werfen. Die intensivere Wirtschaft bedingt größeres Betriebskapital zur Beschaffung von Maschinen, Erbauung von Stallungen und Einrichtungen, die den neuesten Erfahrungs, besonders auf dem Gebiete der Hygiene, entsprechen; ferner zur Beschaffung von Kunstdüngern und Kraftfutter. Verteuerung für die landwirtschaftliche Produktion wirkt abwärts der Deutschen sowie die Veterinärpolizeivorschriften für Vieh und Fleisch, nicht zuletzt auch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne. Intensivere Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich mit tüchtig geschulten Personal. Die Beschaffung des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals wurde im letzten Jahrzehnt immer schwieriger.

Es soll nicht gesagt sein, dass diese Löhne heute übermäßig hoch wären und keiner Verbesserung mehr bedürftig, sondern die Bemerkung soll nur als Nachweis gelten für die Steigerung der Produktionskosten für die Landwirtschaft selbst. Ganz besonders in der Viehzucht hat sich ein vollständiger Umschwung vollzogen. Während früher dieselbe fast ausschließlich durch weidliches Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in größeren Betrieben in den Händen der Viehschweizer, die immerhin ganz erheblich höhere Löhne beanspruchen wie die früheren Dienstmägde. Wir finden deshalb, dass die Viehhaltung gerade in den reichhaltigen Kreisen am allermeisten Fortschritte gemacht hat und auch lohnend gewesen ist, weil dort der Landwirt meist mit eigenem Personal die Arbeiten verrichtet.

Also es gibt gewisse natürliche Gründe, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte erklären. Wenn wir dies ehrlich anerkennen, dann muß ebenso offen ausgesprochen werden, daß diejenige Verteuerung, um die es sich gegenwärtig handelt, ihren Grund nicht in den vorgeschriebenen Umständen allein hat, sondern daß

außerordentliche Verhältnisse

mitgewirkt haben. Diese bestehen in der großen Dürre des letzten Sommers, sowie des Mißratens der Futterernte sowohl für den Sommer, wie auch für den Herbst, und im Zusammenhang damit Vertrocknung der Weiden. Erst in diesem Sommer auf dem Lande draußen war und einigermaßen das Verständnis für landwirtschaftliche Vegetation hatte, den jammervollen die draußel verbrannten Wiesen und Matten. Die Folge der Futternot war zuerst ein Ansteigen der Preise für Viehfutterprodukte. Der Rückgang war gering. Infolgedessen sank das Angebot, damit stiegen naturgemäß auch die Preise. Es ist gegenwärtig noch nicht hergestellt, wer die Mißpreissteigerungen, die zum Teil 3-5 Hg. pro Liter betragen, in Szene gesetzt hat.

Die weitere Folge der Dürre hätte sein müssen: Verschärfung der Fleischpreise, weil die Landwirte sich gezwungen sehen, infolge des Futtermangels ihren Viehbestand zu vermindern. Trotz dieses größeren Angebots von Vieh ist eine Verschärfung der Fleischpreise aber nicht eingetreten. Die Metzger behaupten vielfach, sie müßten sich jetzt durch Hochhaltung der Preise schadlos halten für die großen Verluste, die ihnen der heiße Sommer durch Verderben der Felle, Eimangel usw. gebracht hätte. Die landwirtschaftlichen Korporationen haben mit Unterstützung der Landwirtschaftskammern den Landwirten selbst dringend angeraten, wenn auch mit höheren Kosten, das Vieh durchzubalzen, um eine gar zu große Reduzierung des Viehbestandes zu verhindern, die eine noch erheblichere Preissteigerung für Vieh und Fleisch im

kommenden Frühjahr und Sommer befeuchten läßt. Es dürfte dies nicht überall gelingen. Zuerst haben die Bauern die erste Futterernte, die sonst für Winterfutter gilt, verflüchtigt, in der Hoffnung, durch zeitigen Regen würde das Herbstfutter wenigstens einigermassen geraten. Dies letztere ist nicht eingetreten. Auch das Herbstfutter ist durch die Dürre fast überall vollständig ausgefallen. Wir werden deshalb damit zu rechnen haben, daß der Viehbestand sowohl an Rindvieh wie Schweinen erheblich vermindert wird.

Vielleicht misstrauen ist weiterhin die Gemüsernte, und zwar auch derjenigen Gemüse, die in der Hauptsache für die Winterversorgung dienen: Weißkohl, Wirsing, Kürbisse usw.

Die durch diese Umstände herbeigeführte Verteuerung ist ein unabwendbares Verhängnis, für die niemand eine Schuld trifft. Die von der Dürre betroffenen Landwirte sind meist selbst schwer geschädigt. Die Verhältnisse liegen nicht überall gleich. Diejenigen Bauern, welche auf die Weidewirtschaft angewiesen sind, oder vornehmlich auf Viehzucht, haben schwere Ausfälle, die im einzelnen Falle direkt zum Ruin führen. Andere, die wesentlich Körnerbau und Schweinemast betreiben, haben infolge der guten Weizen-, Roggen- und Haferernte und der immerhin mäßig ertragreichen Kartoffelernte keinen besonderen Schaden.

Kann man die Verteuerung der vorbenannten Agrarprodukte aus natürlichen Verhältnissen erklären, so ist es schon schwieriger, die Frage zu beantworten, warum alle anderen Produkte, besonders die Kolonialwaren, Zucker, Kaffee, Kakaos, Trauben, Reis usw. enorme Preissteigerungen zu verzeichnen haben, ohne daß hier ein Mißwuchs eintrat. Erklärlich ist, daß durch den Ausfall der Gemüsernte die Nachfrage nach anderen Produkten steigt, aber dies erklärt nicht die hohen Preisnotierungen. Vielmehr hat wohl dazu beigetragen die Spekulation der Börse und der Händler, welche die Verteuerungsnachrichten benutzten zu unerschütterlichen Preistreibern. Dieses Kapitel bedarf noch einer besonderen Untersuchung und Feststellung, ganz besonders auch, inwiefern Preisverhältnisse des internationalen Handels hier verteuern mitgewirkt haben.

Wie dem immerhin sein mag, die Hauptfrage ist die:

Wie kommen wir über die teure Zeit hinweg?

Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß der Lebensstand der Arbeiterfamilie außerordentlich schwer beeinflusst wird. Wenn dem früheren Steigen der Preise bis zu einem gewissen Grade Verbesserungen des Einkommens zur Seite standen, so kann es als ungeschicklich gelten, daß für diese anormale Verteuerung überall ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne geschaffen werden konnte. Unter dem moralischen Druck der Verteuerung wird es vielleicht gelingen, humane und volkswirtschaftlich denkende Arbeitgeber zu bestimmen, vorübergehende Verteuerungszulagen oder einen höheren Lohn zu zahlen. Andererseits muß jedoch betont werden, daß einzelne Industriellen wohl kaum in der Lage sind, die Löhne so zu erhöhen, daß ein völliger Ausgleich in der Lebenshaltung der Arbeiter erfolgt. In einzelnen Industrien macht sich bereits eine rückläufige Konjunktur bemerkbar, besonders in der Textilindustrie. Die Ursachen hierfür sind wohl in erster Linie mit darin zu suchen, daß die Haushaltungen für Ernährungszwecke erheblich mehr ausgeben, was sie ersparen müssen durch Winderanschaffung weniger notwendiger Dinge, wie Kleider, Wohnungsausstattungen u. s. w. Ferner tragen dazu bei die politischen Wirren, die Marktschwäche, der italienisch-türkische Krieg, die Spannung in den Balkanstaaten, alles das wirkt nachteilig auf unsere Konjunktur. Wenn wir immerhin noch einen verhältnismäßig normalen Stand des Weltmarktes zu verzeichnen haben, so zeigt dies, daß der Handel und die Industrie allmählich gelernt haben, auch solchen politischen Komplikationen gegenüber kaltes Blut zu bewahren. Die Frage bleibt aber offen, wie der Arbeiterfamilie über den Notstand hinwegzuhelfen ist, und es wird hier nichts anderes übrig bleiben, als energische Maßnahmen, die Lebensmittelpreise zu begünstigen und zu fixieren.

Für unsere Agrarwirtschaft kommt hier in erster Linie in Frage die Beschaffung von Futtermitteln. Die Eisenbahnerverwaltung hat durch Ermäßigung der Tarife bereits ihrerseits etwas getan, nur macht man leider die Erfahrung, daß vielfach diese Tarifermäßigung nicht den Konsumenten, sondern den Händlern zugute kommt, sobald der gewollte Zweck mangelfolglich durchkreuzt wird. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind bestrebt, dem entgegenzuwirken, hoffentlich mit Erfolg.

die Zufuhr an Vieh und Fleisch

erleichtert werden kann. Man kann hier vor allem auch billiges Entgegenkommen der agrarischen Kreise verlangen. Es wäre sehr verfehlt, wenn von dieser Seite Schwierigkeiten gemacht würden. Niemand wird Maßnahmen verlangen, welche die Landwirtschaft erheblich schädigen, oder der Entwicklung der

Schwefelwasserstoff.

Der Schwefelwasserstoff ist ein giftiger Körper und riecht wie faul sein Eiwe. Er wird durch Zersetzung von Eisen- und Kupfer- und Zink- und Ammoniumsulfiden, in Abgasen, in den Abgasanlagen großer Fabriken, in Kloakenabwässern, ferner entsteht er dort, wo verrotende organische Stoffe mit sauren Salzen in Berührung kommen. Er ist in geringen Mengen in den sogenannten Schwefelquellen enthalten und verleiht denselben ihren eigenen, faulen Geruch. Schwefelwasserstoff hat eine sehr unangenehme Wirkung, wenn sie in einem Räume sich ansammelt, welcher schon in geringen Mengen in Berührung mit einem solchen Gas enthaltenen Stoffe besteht zum großen Teil aus Schwefelwasserstoff.

Bei vielen chemischen Prozessen entsteht sich gleichfalls Schwefelwasserstoff als Nebenprodukt, so beispielsweise aus den Abgasen der alten (Behälter-)Sodafabrikation, beim Kochen von metallischen Sulfiden mit Soda oder Potasche; auch in Schwefel- und Schwefelsäurefabriken, wobei durch die hohen Temperaturen, welche bei dem Verkohlen des Rohmaterials eintritt, ein Teil des Schwefels in Schwefelwasserstoff übergeht. In dem Maße, in dem die Industrie entwickelt, in dem Maße steigt in diesen Ländern der Lebensmittelpreis und damit vermindert sich das

produkt, oder er wird sogar eigens dazu hergestellt, um schwefelhaltige Wasserstoffe zu gewinnen. Zur technischen Darstellung des Schwefelwasserstoffs welcher nicht nur im Laboratorium bei der Analyse ausgebreiteter Verwendung findet, sondern auch zur Herstellung vieler wichtiger Körper eine große Rolle spielt, greift man meist Schwefelmetalle mit Säuren, z. B. Zink oder Schwefelzinn. Als Schwefelmetalle kommen am häufigsten Schwefelzinn und Schwefelzinnium in Betracht. Schwefelzinn wird in diesem Zweck durch Zusammenbringen von Eisen und Schwefel dargestellt, während man Schwefelzinnium durch Reduktion von Schwefelzinnium (S₂) gewinnt. Schwefelzinnium ist auch der Hauptbestandteil der bei der alten Sodafabrikation verbleibenden Abfälle, welche in niedrigen Mengen, oft einem kleinen Gehalte gleich, vor den Sodafabriken lagerten.

Der Schwefelwasserstoff ist ein äußerst unangenehm riechendes, giftiges Gas. In der Luft verdichtet er zu einem dichten, in dem sich Wasser und die reichlich niederschlagende schwefelhaltige Säure, gleichfalls ein Gas, bilden. Schon sehr geringe Mengen von Schwefelwasserstoff entziehen der Luft den sauerstoffreichen Geruch nach starkem Eisen. In geringen Mengen angereicherter verdichtet er sich zu Schwefelwasserstoff; ferner bildet er ein giftiges, giftiges, giftiges, giftiges Gas. Beim Einatmen größerer Mengen dieses Gases fangen die Arbeiter oft an zu erbrechen, unter Erbrechen der Arbeiter, während die Luft sich immer auf und niederhebt. Werden die Arbeiter nicht rasch an die Luft gebracht, und sofort für die nötige Hilfe gesorgt, so tritt schon oft sehr bald der Tod ein. Das Gas kann daher sehr oft giftig werden und ist ebenfalls ein giftiges Gas, die durch Schwefelwasserstoff verdichtet werden, so mittelbar werden; auch der Lebensstand der Arbeiter, welcher in der Sodafabrikation der chemischen Industrie beruht über einige solcher Umstände. Schwefelwasserstoff wird der Schwefelwasserstoff beim

Ausnahmen von Chloranlagen, von Abgasanlagen und anderen Leitungen in denen organische Stoffe verweilen beim Verfeinern solcher Gerüche ist ganz besondere Vorsicht geboten. Ferner ist äußerste Vorsicht am Platze beim Reinigen von Abgasanlagen in Fabriken, welche schwefelhaltige Abfälle (z. B. Schwefelnatrium) führen, und wobei durch zufälliges Zusammenstoßen dieser Abfälle mit Säuren Gelegenheit zur Entwicklung dieses gefährlichen Gases gegeben ist. Gerade über einen solchen Unfall, bei welchem mehrere Arbeiter zu Tode kamen, berichtet der letztjährige, schon oben genannte Bericht der „Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie“. Als Gegenmittel gegen eingatmetes Gas ist zunächst die Herabsetzung starker Atmung an der frischen Luft anzuwenden, wobei der Körper noch vornehmlich mit kaltem Wasser bespritzt wird. Am günstigsten dürfte wohl auch hier die künstliche Einatmung von Sauerstoff sein.

Der Schwefelwasserstoff ist sehr leicht schon durch seinen geringen Geruch zu erkennen. Geringe Mengen können schon dadurch nachgewiesen werden, daß man ein mit einer Lösung von essigsäurem Blei getränktes weißes Filterpapier in die Atmosphäre bringt, in welcher man Schwefelwasserstoff vermutet. Dieses wird bei Annäherung geringer Mengen des Gases rasch sehr bald schwarz färbt. Inwiefern mag noch die Tatsache erwähnt werden, daß manche Metalle, z. B. Kupfer und Silber, schon bei gewöhnlicher Temperatur dem Schwefelwasserstoff den Schwefel entziehen und sich dabei unter Bildung von Schwefelkupfer oder Schwefelsilber färbt. Beim Reinigen von Abgasanlagen, wobei vielfach Schwefelwasserstoff, wenn auch in geringen Mengen, in die Atmosphäre bringt, müssen Filterpapier und sonstige Silberwaren sorgfältig weggeräumt werden, wenn sie nicht schwarz anlaufen sollen. Dr. 2

Vieh- und Fleischproduktion im Inlande hinderlich sein könnte. Aber ebenso zweifellos steht fest, daß infolge der Mangel an Futtermitteln die Landwirtschaft nicht in der Lage sein wird, für die Dauer dieses Mangels den deutschen Markt genügend mit Fleischprodukten zu versorgen. Ein rechtzeitiges Ausweichen durch geeignete Maßnahmen, die Vieh- und Fleischzufuhr zu erleichtern, liegt im letzten Grunde im Interesse der Landwirtschaft selbst. Zu erwägen wird ferner sein, die zu hohen Zölle auf Futtermittel und auf Kolonialartikel, die als Ersatz für Gemüse zu dienen haben, vorübergehend zu suspendieren, selbstverständlich mit der Maßgabe, daß solche Zollerleichterungen auch wirklich den Konsumenten zugute kommen und nicht in der Tasche des Groß- und Kleinhandels verschwinden.

Die Gemeindeverwaltungen

nicht möglich sein dürften. In verschiedenen Großstädten ist bereits der Anfang gemacht mit Fischmärkten, die durchweg ein durchaus günstiges Resultat zu verzeichnen haben. Die Förderung der Fischzucht wäre überhaupt wünschenswert, sie könnte, wenn sie einigermaßen Anklang im Volke findet, ein wirksames Mittel sein gegen die Preissteigerung. Aber die Gemeinden sollen sich auch damit nicht begnügen. Auch der Bezug von Gemüse, Kürbissen, Kartoffeln usw. sollte ins Auge gefaßt werden. Das Gemüse, welches daraus die Händler erheben, sollte diese Maßnahmen nicht beeinflussen. Folgender Fall zeigt, wie der Kleinhandel sehr oft mit Schuld an den hohen Preisen ist:

Die Stadt M. Gladbach hat einen städtischen Gemüse- und Fischmarkt eingerichtet. Das Gemüse wurde nicht aus dem naheliegenden Holland bezogen, sondern aus anderen Gegenden. Darauf erließen die holländischen Gemüseexporteure eine Anweisung an ihre Kaufleute, also an die Händler, die städtischen Preise zu unterbieten, um für sich die Rundschaft zu erhalten. Eine bessere Wirkung hätten die Maßnahmen der Stadt M. Gladbach gar nicht haben können, die Gemüsepreise sanken um ca. 20%, die Fleischpreise noch erheblich mehr. Notwendig erscheint, daß dort, wo der Bezug von Gemüse eingerichtet ist, zu gleicher Zeit eine Aufklärung über die Zubereitung der Fischmahlung durch die Hausfrauen erfolgt. Die städtischen Haushaltungsschulen und Schulküchen haben hier bereits erfolgreich eingegriffen.

Das sind einige Fingerzeige, wie der Teuerung zu begegnen ist. Wir möchten zum Schluß noch betonen: Dürre und Mangel sind Naturereignisse, die nicht abwendbar sind. Man mag sie als nationales Unglück ansprechen. Man soll aber solche Notstände, die das ganze Volk und die ganze Nation betreffen, auch gemeinsam zu tragen bestrebt sein. d. h. mit anderen Worten, die besitzenden Klassen haben die Pflicht, in solchen Fällen ihre

Solidarität mit dem Volksganzen

zu beweisen, indem sie ihrerseits mit ihren reichen Mitteln der notleidenden Bevölkerung zu Hilfe kommen, nicht durch Zuwendungen an die Armenkassen, sondern durch Vermittlung billiger Lebensmittel und Aufrechterhaltung des Lohnstandards. Die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere die Industrie, hat im letzten Grunde ein großes Interesse daran, daß die Ernährung der Arbeiterbevölkerung keinen Schaden leidet. Schwächung der Ernährungsmöglichkeit bedeutet Verminderung und Entwertung der Arbeitskraft, die zu erhalten wir mit allen Mitteln bestrebt sein müssen. (Zentralblatt.)

Der Etat der Kgl. Württembergischen Hüttenwerke vor den Kgl. Ständen.

II.

Ueber die Stellung der Kgl. Regierung zu dem im ersten Artikel Ausgeführten meinte Staatsminister der Finanzen, von Geyser, daß das Ziel der Hüttenverwaltung m. E. nach wie vor darauf gerichtet sein muß, die Anlagen unserer Hüttenwerke, die zum Teil in rückständiger Verfassung sich befinden, dergestalt zu verbessern und auszubauen, daß sie den modernen Anforderungen entsprechen. Dieses Ziel ist bereits erreicht in Königsbrunn, und es haben sich dort infolge dessen die Verhältnisse bereits in erfreulicher Weise gehoben und werden, wie ich hoffe, sich auch fernerhin heben. Es ist in Wasseralfingen das Ziel bereits in Angriff genommen durch eine weitgehende Verbesserung der mechanischen Werkstätte, die, wenn auch noch nicht vollständig, so doch im wesentlichen in einen den modernen Anforderungen genügenden Zustand versetzt wird. Wir haben die Pflicht, jetzt weiter vorzugehen in der Gießerei; und es sollen demnächst auch weitere Anlagen in Wasseralfingen, soweit die Verhältnisse es erlauben, in Angriff genommen werden. Zu diesen Verbesserungen sind sehr bedeutende Aufwendungen notwendig. Bisher war der Standpunkt der Verwaltung der, daß diese aus den Erträgnissen der Werke selber genommen werden müssen, und ich muß mich unbedingt für die weitere Beachtung dieses Grundsatzes aussprechen."

Des Weiteren führte der Herr Minister an, daß es nicht angängig sei, für Verbesserungen der Hüttenwerke Mittel aus Anleihen aufzunehmen, da man von der Eisenbahnverwaltung keine Konsequenz für die Hüttenwerke ziehen dürfe. Bei der Eisenbahnverwaltung handele es sich um Anlagen, die zugleich einem unmittelbaren öffentlichen Interesse dienen, während die Hüttenwerke in Wirklichkeit „privatwirtschaftliche Anlagen“ seien und, jedenfalls jetzt, eines allgemeinen öffentlichen Interesses in ähnlichem Umfang wie die Eisenbahnen entbehren. Die Aufrechterhaltung dieses bisher befolgten Grundsatzes empfehle sich auch mit Rücksicht darauf, daß bei der Natur der hier in Frage stehenden Anlagen von vornherein mit einem ganz erheblichen Risiko zu rechnen sei, daß nicht ohne weiteres den Steuerzahlern direkt aufgebürdet werden könne und das namentlich nicht eine Belastung für die Zukunft bilden dürfe.

Nach diesen interessanten Erörterungen über den privatwirtschaftlichen Charakter der staatlichen Hüttenwerke, von dem wie der Minister in der späteren Debatte noch betonte, auch resultierte, daß die Verwaltung der staatlichen Hüttenwerke sich von privatwirtschaftlichen Grundrissen leiten lassen müsse, führte er über die speziellen Verhältnisse Wasseralfingens aus, daß diese „in der Zwischenzeit sich nicht gebessert haben. Bei der Gießerei haben sich die Verhältnisse sogar erheblich verschlechtert, und zwar in der Hauptsache infolge des schlechten Gangs des Röhrengeschäfts. Das Geschäft hat sich durch die Auflösung des Röhrenhandels und durch die sich hieran anschließende regellose und außerordentlich weitgehende Konkursentscheidung in einer sehr bedauerlichen Weise verschlechtert. Dies hat die Folge gehabt, daß die Gießerei für das letzte Jahr mit einem Verlust abschließt. Einem Verlust, der

sich auf mehr als 40000 M. beläuft, und dem an Erträgen des Röhrenhandels nur ein verhältnismäßig kleiner Gewinn, ein Gewinn, der sich erheblich unter der Höhe des Verlustes hält, gegenübersteht. Immerhin liegt ein Verlust dann nicht vor, wenn die allgemeinen Kosten, welche auf die Gießerei nach dem Maßstab, der in Wasseralfingen eingeführt ist, entfallen, abgezogen werden." Die Gießerei müsse unumgänglich modernisiert werden. Die Kosten dafür würden sich auf etwa 40000 M. belaufen. Er bräute dann seine Befriedigung darüber aus, daß der Finanzausschuß den Etat, was die Verbesserungen in der Gießerei angehe, nicht beanstandet habe, so daß ohne Verzug mit der Arbeit begonnen werden könne. Zur Frage der etwaigen Erneuerung des Walzwerks stellt sich der Minister auf den Boden der Denkschrift und hat die Kammer, den Antrag des Ausschusses anzunehmen.

Was die Verhältnisse der anderen staatlichen Hüttenwerke anbelangt, so wurde dargelegt, daß die Modernisierung des Werks Königsbrunn sich sehr gelohnt habe. Produktion, Absatz und die Verhältnisse der Arbeiter wurden als recht gute bezeichnet. Das gleiche sei bei dem Werk Friedrichsthal der Fall. Hier hat man eine große Kraftanlage geschaffen und steht im Begriffe, die kleinen zerstreut liegenden Abteilungen zu zentralisieren. Dafür sind noch weitere Aufwendungen zu machen. Der Absatz der Produkte (Schaufeln, Sensen, Hacken usw.) hat sich gehoben. Für Verbesserungen der Betriebsbetriehtigungen sind in der nächsten Etatsperiode 30000 M. vorgesehen. Weiter sollen noch 20000 M. zu einer Anlage für Arbeiterbedürfnisse (Bad, Speise- und Aufenthaltsraum) aufgewendet werden, wozu das Werk die Mittel selbst liefert. Die Gießerei in Ludwigssthal gehe gleichfalls vorwärts. Hier seien erhebliche Lohnmehrhöhen eingetreten. 35000 M. sollen für Erweiterungen aufgewandt werden. Ebenfalls werde der kleine Betrieb in Altsigmünd einen erheblichen Stand auf. Außer Wasseralfingen nahmen auch die Verhältnisse der Kgl. Wilhelmshütte in Schussenried die Aufmerksamkeit des Landtages längere Zeit in Anspruch. Hier steht die Gießerei weniger günstig. Die Aufträge sind zurückgegangen, weshalb seit 3 Jahren mit ständiger Arbeitszeit gearbeitet wird. Ablieferungen an die Staatskasse sind nicht erfolgt. Im Landtag wurde besonders von den Abg. Wieland und Kark Klage geführt über die nach ihrer Meinung enorm hohen Vorräte. Diese sollen ungefähr einem vierjährigen Umsatz eines Artikels entsprechen. Die Art der Verwaltung wurde als wenig kaufmännisch bezeichnet.

Aus diesen Gründen wurde im Landtag gewünscht, daß seitens der Verwaltung mehr Reklame für die Erzeugnisse der Hüttenwerke gemacht werden solle. Auch wurde angeregt, ob es nicht nützlich wäre, einen kaufmännischen Generalvertreter provisorischweise mit dem Verkauf gewisser Erzeugnisse der Werke zu beauftragen, — ein Gedanke, den auch der Herr Finanzminister als erwägenswert bezeichnete. Es hebe außer Zweifel, daß die Hüttenwerke eine Reihe von Artikeln herstellen, für die weder jemand auf Reisen geht, noch die mindeste Reklame gemacht werde. Aus diesem Grunde würde im Landtag geltend gemacht, es sei „gewiß angezeigt, daß immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, daß ein eigentlicher kaufmännischer Betrieb in unseren Hüttenwerken nicht stattfindet und daß es am nötigsten kaufmännischen Geist fehlt."

Die großen Vorräte in Schussenried betreffend machte der Herr Finanzminister geltend, daß nur in einem einzigen Artikel ein so großes Lager vorhanden sei, nämlich in den Tachsenblechen. Der Vorrat des Wilhelmshütte belaufe sich auf 230000 M. Im Vorjahre habe er sich auf 255000 M. belaufen und in den weiteren vergangenen Jahren immer um 220000 M. herum. Es ist also eine außerordentliche Steigerung des Vorrats im Werte von ca. 60000 M. vorhanden. Die Ursache liege in dem mangelnden Absatz des Werkes. Das Schussenrieder Werk fabriziert im wesentlichen Baureisen, auch Maschinengehäuse, aber in erster Linie Baureisen und hier war der Absatz gering, so daß, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, und Arbeiterentlassungen zu vermeiden, auf Vorrat gearbeitet hätte werden müssen. Es sei aber die Hoffnung vorhanden, daß der Vorrat in einiger Zeit wieder auf das normale Maß zurückgehe. Die Beschäftigung im Maschinenwerk und in der Mechanischen Werkstätte habe in letzter Zeit nicht unerheblich zugenommen. (Mitt. d. B. In neuester Zeit ist jedoch wieder eine Minderung der Beschäftigung eingetreten, weil die weitere Herstellung der Vorratartikel eingestellt wurde. Für die Arbeiter droht wieder der Schrecken „Arbeitslosigkeit", wenn nicht umgehend für Ersatz gesorgt wird.)

Namens der Konservativen erklärte Abg. Freiherr Bergler v. Berglas, daß sie dem Antrag des Finanzausschusses bezüglich der Weiterführung des Walzwerks Wasseralfingen ihre Zustimmung geben würden.

Demgegenüber nahm der Sprecher der Sozialdemokratie, die im letzten Landtag ebenfalls für die Aufhebung des Walzwerks gestimmt hatte, eine sehr reservierte Stellung ein. Abg. Reichel betonte, daß der Antrag des Finanzausschusses ihrer „Auffassung nach nichts anderes bedeuten soll, als der Regierung freie Hand in dieser Frage lassen. Im Antrag heißt es ja: „Der Kgl. Staatsregierung anheimzugeben — unter Weiterführung des Betriebes..." usw. Wir sind der Meinung, daß dieser Antrag nicht die Aufforderung oder nur die Empfehlung an die Kgl. Regierung enthalten soll, nunmehr das Projekt 3 der Denkschrift zur Ausführung zu bringen, sondern daß es nur bedeuten soll, daß die Kgl. Regierung diese Frage durch Einbringung bestimmter Vorschläge in der einen oder anderen Richtung zur Entscheidung bringen soll. Wenn das hohe Haus diesen Antrag so verstanden wissen will, daß er eine Empfehlung nicht ist, sondern eine bloße Mitteilung, dann könnten auch wir (Sozialdemokratie) dem Antrag zustimmen, ohne uns mit unserer Stellungnahme in dieser Frage in Gegensatz zu setzen."

Berichterstatter Abg. Rembold-Alten trat zum Schluß nochmals warm für die Instandsetzung der Gießerei und die Weiterführung des Walzwerks Wasseralfingen ein. Er führte insbesondere das Resümee des Sachverständigen Gutachten an, das dahingehet: „Meine Ansicht fasse ich nunmehr dahin zusammen, daß ich die Ausführung der vorgeschlagenen Veränderungen, deren Kosten ich auf 250000 bis 300000 M. schätze, für angebracht halte, um mit einem so umgestalteten Betrieb nach eine Reihe von Jahren die Konkurrenz auszuhalten." Neben der Rücksicht auf die Arbeiter in Betracht. Man sage wohl, sie sollen bei einer evtl. Aufhebung entschädigt werden. Sollen wir aber an diese Frage herantreten, da werden wir außerordentlich schwer zu einem guten, befriedigenden Resultat kommen, da werden die Gegenätze — das ist voranzusetzen — sehr scharf aufeinander plagen und es ist

gewiß auch außerordentlich schwer, gerecht und billig zu entscheiden. Und die Leute in anderen Werken unterzubringen? Das ist auch früher schon angeregt und erörtert, aber auch dargelegt worden, daß das eben nicht gehen wird... Arbeiter, die nun die Mitte des Lebens und der Arbeitskraft überschritten haben, die anständig sind, die kann man nicht mehr anderwärts verpflanzen, wenn sie auch am alten Platze noch längere Zeit arbeiten könnten. Es ist schon etwas Bedenkliches, wenn wir Leute die arbeiten könnten und wollten, zum Nichtstun verurteilen und ihnen eine müßige Rente geben, nicht nur von volkswirtschaftlichen, sondern auch von einem gewissen ethischen Gesichtspunkte aus. Nebenbei bemerkt, befürchten auch die übrigen Arbeiter, daß die Knappheitsklasse scharf in Anspruch genommen werden müßte und daß dann die anderen Arbeiter, die zurückbleibenden, höhere Beiträge zahlen müssen, also weiterhin eine Schädigung auf dieser Arbeiter eintreten würde."

Die Beratungen über diesen Etatsteil endigten damit, daß der Antrag des Ausschusses mit Mehrheit angenommen wurde. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Der Kgl. Staatsregierung anheimzugeben, — unter Weiterführung des Betriebes des Walzwerks — Verbesserungen im Sinne und im Rahmen des Programms unter Biff. III der Denkschrift (Gutachten Guthausen, S. 8.) in die Wege zu leiten."

Nach dieser Stellungnahme der Regierung und der Mehrheit der Stände ist die Ansicht vorhanden, daß das Walzwerk erneuert wird. Wir halten sowohl im Interesse des Staates, der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit dieses unter den gegenwertigen Verhältnissen für das Beste. Mit der Modernisierung des Betriebes, nicht nur des Walzwerks, sondern auch der anderen Teile der Kgl. Hüttenwerke besteht auch für die Arbeiterschaft die Aussicht mit der Beförderung der Rentabilität auch ihrerseits ihre Lage zu verbessern. Auf die Arbeiterverhältnisse selbst, werden wir im folgenden Artikel zu sprechen kommen.

Ausführung des Gesamtverbandes.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt seine diesjährige Herbsttagung am 4. und 5. Oktober in Düsseldorf ab. Wie bei früheren Tagungen waren auch diesmal die Redakteure der christlichen Gewerkschaftszeitung zugezogen. Im Geschäftsbereich des Vorstandes wurde darauf hingewiesen, daß die günstige Entwicklung der christlichen Berufsverbände seit der Frühjahrs-Tagung weiter angehalten hat. Daran habe auch der verstärkte Sturm der Gegner nichts ändern können. Die Erwartungen der Sozialdemokratie, mit ihrer Hege bezüglich der Reichsversicherungsordnung den christlichen Gewerkschaften Abbruch zu tun, hätten sich nicht erfüllt. Die Erkenntnis über das arbeiterschädigende Verhalten der Sozialdemokratie bei diesem Gesetz wie bei der Arbeiterversicherung überhaupt sei in weitere Arbeitertreue vorgebrungen. Mit der N.-B.-D. könne die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen kaum besondere Geschäfte machen. — Zwischen den christlichen und sächsisch-türkeischen Gewerkschaften sei auf Anregung von dritter Seite eine Annäherung zustande gekommen. Das erstrebte Ziel einer gegenseitigen Verständigung werde jedoch erschwert durch ein solch zweifelhafte Verhalten, wie es der sächsisch-türkeische Gewerkschaften der Bergarbeiter mit seinen wenigen Mitgliedern gegenüber dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seit längerer Zeit an den Tag lege. Hier müsse von der sächsisch-türkeischen Zentralkommission nach dem Rechte gesehen werden. — Näherer Besprechung fanden im Geschäftsbereich und in der Diskussion die Kämpfe der niederrheinischen und westfälischen Tabakindustrie. Wie bei der letzteren so wird auch bei der noch schwebenden Bewegung in Westfalen den kämpfenden Tabakarbeitern die nachdrücklichste Unterstützung der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung zuteil werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Situation angesichts der bevorstehenden politischen Wahlen näher erörtert. Entsprechend dem parteipolitisch neutralen Charakter unserer Bewegung müßten alle Funktionäre unserer Bewegung streng darauf achten, jede Parteipolitik aus den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten. Außerhalb unserer Berufsorganisationen könne sich jedes Mitglied nach Neigung politisch betätigen; ein tätiger Gewerkschaftler werde sich aber auch hier stets fragen: Wie kann ich unserer Gewerkschaftsbewegung nutzen? und danach sein Verhalten einrichten. Es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß durch die politischen Kämpfe unserer Bewegung neue Schwierigkeiten erwachsen und sie in ihrer Entwicklung gehindert werde. Diesbezügliche nähere Direktiven sollen noch gegeben werden.

Ein Referat von Verbandsdirektor Schlaß-Mülheim a. Rhein über Gewerkschaften und Konsumvereine gab Veranlassung zu einer grundsätzlichen Erörterung über die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den Konsumvereinen. Beide Zweige der wirtschaftlichen Selbsthilfe seien vollständig unabhängig von einander, sollten sich aber nach Möglichkeit unterstützen. Natürlich nur insoweit, als vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften wirklich neutrale Konsumvereine in Betracht kommen, die zum größten Teil im Verband westdeutscher Konsumvereine zusammengefasst sind.

Eingehend befaßte sich die Ausschussung mit der gegenwärtigen Lebensmittelerzeugung. Daß Gegenmaßnahmen getroffen werden müßten, sei klar. Es wurden eine Anzahl Aufgaben besprochen, die dem Reich, den Einzelstaaten und ihren Eisenbahnverwaltungen, sowie den Gemeinden obliegen, und wodurch den ärmeren Bevölkerungsschichten die Beschaffung von Massenmahrungsverbrauchsartikeln erleichtert werden kann.

Die demagogische Ausschächtung der Teuerung durch die Sozialdemokratie, die ihre Parteiliebe an der Not des Volkes suchen wolle, wurde aufs schärfste gebrandmarkt und einstimmig verurteilt. Das übertriebene „Sungar"-Geschrei in der sozialdemokratischen Agitation habe die Vorkämpfer und Partei-schänder zu weiteren, gänzlich ungeduldfertigten Freistric-vereien geradezu animiert. Das sei das praktische Ergebnis der sozialdemokratischen Hege, von positiven Leistungen keine Spur. — Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde von der Ausschussung beauftragt, die Angelegenheit der Teuerung weiter zu verfolgen und — wenn zehntlich, im Verein mit anderen Korporationen — alle weiteren Schritte zu unternehmen, die eine Verbesserung herbeizuführen geeignet wären. (Siehe den Artikel Teuerung.)

Ein Vortrag des Kollegen Abg. Weder über das Verfahren bei der Reichsversicherungsordnung mit anschließender Diskussion beschloß die arbeitsreiche, einmütig verlaufene Tagung

Aus der Arbeiterbewegung.

Macht geht vor Recht.

Es ist eine bekannte Tatsache: die Sozialdemokratie kann sich nicht genug über die „Vergewaltigung der Minderheit“ aufregen, wenn sie diese Minderheit darstellt. Ist aber die Sozialdemokratie oder ihre Gewerkschaften in der Mehrheit, dann ist es ganz selbstverständlich, daß Macht vor Recht geht und die Minderheit einfach an die Wand gemalt wird. Das hat sich soeben wieder beim Abschluß des Tarifvertrags im Buchdruckgewerbe gezeigt. Der Gutenbergsbund forderte, mit Stimm und Stimme zu den tariflichen Institutionen zugelassen zu werden, da er der Tarifgemeinschaft gegenüber auch die gleichen Pflichten hat. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband, der im Tarifausschuß den Ausschlag zu geben hat, ließ das nicht zu. Der Typograph, das Organ des Gutenbergsbundes, wendet sich gegen diese Vergewaltigung der Minderheit. In einem längeren Artikel (Nr. 42, 20. Oktober) legt er den Sachverhalt klar und bemerkt unter anderem:

„Daß die Brutalität des Verbandes die höchsten Grenzen erreicht hat, beweist, daß die Verbandsvertreter sogar den Antrag Senfing ablehnten, den Gutenbergsbund zu den Institutionen nur mit beratender Stimme zuzulassen. Auch lehnten sie ab, ein Schiedsgericht einzusetzen zu lassen, das mit drei Prinzipalen, drei Geistlichen und einem unparteilichen Vorsitzenden besetzt sein sollte. Der Verband will nicht gerecht sein. Er selbst will entscheiden. Und in der Tarifgemeinschaft hat der Verband zu entscheiden, ob ein Vertreter der Organisation, die er bis in die Seele haßt, zugelassen werden soll. Wenn auch die Prinzipale dafür sind — der sozialdemokratische Verband will es nicht und damit basta.“

In jedem Rechtsstaate kann eine Partei einen Richter als besorgten ablehnen, wenn er an der Sache interessiert ist. In den Tarifinstanzen für Deutschlands Buchdrucker ist das nicht möglich. Dort sitzt der Richter und Richter in einer Person und verurteilt den von ihm selbst Angeklagten, den er haßt, verachtet und dem er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat.“

Wirklich, es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband zu entscheiden hat, ob ein Vertreter der Organisation, der er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat, mit beratender Stimme zugelassen werden soll. Da war der vorgeschlagene Weg, ein Schiedsgericht einzusetzen, wohl der richtige. Und wenn der Verband auch das nicht will, dann müssen andere Mittel angewandt werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die gesamte Deutschnation hat ein Interesse daran, daß der jetzige unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Rundschau.

Der Hüttenarbeiter-Schutz kam dieser Tage im Reichstage wieder zur Sprache. Kollege Wiesberts nahm sich der Schwerindustriearbeiter recht warm an. Die Ergebnisse der Bundesratsverordnung bezeichnete er als durchaus unzulänglich. Wörtlich sagte Wiesberts dann nach dem Parlamentsbericht der „Alln. Volksztg.“: „Es tut daher dringender, daß die Regierung endlich einmal mit einem wirksamen Schutz der Hüttenarbeiter ernst macht. Steht doch die Hüttenindustrie bezüglich der Zahl der schweren Unfälle schon über dem Bergbau, und das will wirklich viel sagen. Dabei handelt es sich hier um eine Industrie, die finanziell sehr wohl in der Lage ist, eine gründliche Reform ihrer Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Wir sind gewiß weit entfernt, Forderungen aufzustellen, durch welche die Industrie in ihrer Entwicklung gehindert wird. Wir freuen uns sehr, daß sie sich eine so geachtete Stellung auf dem Weltmarkt errungen hat. Aber wir glauben von ihr unter diesen Umständen auch verlangen zu dürfen, daß sie nun endlich mit den schlechtesten Arbeitsverhältnissen, die heute noch bei ihr herrschen, gründlich aufhört. Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, die Werke umgibt tatsächlich die Verordnungen. Ihre praktische Durchführung, beispielsweise die Disziplinierung über die Ueberstundenarbeit, bereitet gewiß große Schwierigkeiten, aber es ist einfach ein Skandal, daß nach anderthalbjährigem Bestehen einer Bundesratsverordnung die Verhältnisse sich nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. Deshalb empfehlen wir nicht bloß die Petition zur Berücksichtigung, sondern wir sprechen auch die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung umgehend Schritte unternimmt, um uns wenigstens im nächsten Jahre mit Erfolgen dienen zu können, und wenn die Verordnung dazu nicht ausreicht, dann muß sie ergänzt werden, damit ein wirksamer Schutz erreicht wird, nicht bloß ein Scheinschutz.“

Die Fürsorgetätigkeit der Invalidenversicherung befindet sich in der Statistik für die Zeit von 1905 bis 1910. Das Werk gibt in ausführlichen Vorbemerkungen und zahlreichen Tabellen eingehende Auskunft über Umfang, Kosten und Erfolge der Heilbehandlung, der von den Versicherungsanstalten errichteten eigenen Heilanstalten sowie über sonstige Maßnahmen auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Die außerordentliche Bedeutung, die diesem Zweige der sozialen Fürsorge zukommt, wird am wirksamsten durch die Gegenüberstellung folgender Zahlen veranschaulicht. Im Jahre 1900 sind 27.427 Personen mit einem Kostenaufwande von 6,2 Mill. Mark behandelt worden. Im Jahre 1910 dagegen betrug die Zahl der behandelten Personen bereits 114.310 und der Gesamtkostenaufwand 26,6 Mill. M. Der hauptsächlichste Kampf gilt der Lungen- und Kehlkopfkrankheiten; ihr ist als der größten und wichtigsten Krankheitsgruppe auch der breitere Raum in der Bearbeitung gewährt worden.

Eine evangelische Stimme für die christlichen Gewerkschaften finden wir im „Stuttgarter Evangelischen Sonntagsblatt“. In seiner Besprechung der von dortigen christlichen Gewerkschaftsarbeit veranfaßten Literaturausstellung schreibt das genannte Blatt (Nr. 43) u. a.:

„Das heutige Ortsblatt, das rund 1200 Mitglieder zählt, hat besonders in den letzten Jahren Einflüsse für die Arbeiter geleistet, und wir können jedem Arbeiter, der an der Erhebung seines Standes und der Besserung seiner Verhältnisse auf christlichem und vaterländischem Boden mitarbeiten will, nur raten, den christlichen Gewerkschaften beizutreten.“

Damit wird wieder einmal gezeigt, was davon zu halten ist, wenn hier und dort die christlichen Gewerkschaften als kümmerliche „altkammontar“ beeinflusste Organisationen hingestellt werden. Unsere Kollegen in Württemberg und sonstwo

mit diese erfreuliche Neuerung des „Stuttgarter Evangelischen Sonntagsblattes“, das in Süddeutschland sich einer weiten Verbreitung erfreut, gute Dienste in der Agitation leisten können.

Ferien in der Metallindustrie. Die Firma Josef Bügele in Mannheim, Fabrik für Eisenbahnbedarf, feierte in diesen Tagen ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Aus Anlaß dieses Jubiläums erhielten nach der „Alln. Ztg.“ die Beamten und Meister der Firma namhafte Zuwendungen, ebenso wurde jeder Arbeiter bedacht. Außerdem habe der Inhaber der Firma verfügt, daß künftig jeder Arbeiter, der 10 Jahre im Dienste des Werkes ist, einen jährlichen Urlaub von acht Tagen und vom 25. Dienstjahre an 14 Tagen erhält. In diesem Zwecke habe der Verwaltungsrat Bügele eine Stiftung errichtet, durch die jedem Arbeiter während dieser Urlaubzeit das 1/2-fache seines durchschnittlichen Tagesverdienstes vergütet werde. Bei dem heutigen Stand der Arbeiterverhältnisse des Werkes komme diese Einrichtung sofort mehr als einem Drittel sämtlicher Arbeiter zugute. — Ist dieser Schritt der Firma auch wirklich begrüßenswert, so ist die Voraussetzung zur Erlangung der Ferien — mindestens 10jährige Betriebszugehörigkeit — doch etwas sehr engherzig. Man merkt die Absicht und wird verstimmt.

Aus der Metallindustrie. Die sächsische Webstuhl-Fabrik Schönherr in Chemnitz erzielte nach 260 612 M. Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 637 010 M.; zu folgender Verwendung: 15 Proz. Dividende 450 000 M., Gewinnanteile 79 799 M., Rücklagen 10 000 M., Zinsen 10 000 M., Wollfahrsbestand 10 000 M., und Vortrag 22 211 M. — Beim Facorweifenwerk L. Mannsacker u. Co. in Rast betrug der Betriebsgewinn 1 830 542 M. (1 890 849 M.). Nach Berechnung der Unkosten, Zinsen usw. sowie nach 368 114 M. Abschreibungen stellt sich der Reingewinn einschließlich Vortrag auf 927 430 M. (782 672 M.), der, wie folgt, verwendet werden soll: 8 Proz. Dividende = 500 000 M., Ausschüttung 27 932 M.; Gewinnanteile 43 773 M., Arbeiter- und Beamten-Unterstützungskasse je 10 000 M. und Vortrag 395 675 M. — Die Schloßfabrik W. Schulte in Schlagbaum erzielte 1910/11 nach 93 676 M. Abschreibungen einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 163 424 M. zur folgenden Verwendung: Rücklage 10 000 M., Verfügungsbestand 10 000 M., Wilhelm Schulte-Stiftung 3750 M., Zinsenrücklage 1250 M., Gewinnanteile und Belohnungen 24 673 M., Ausschüttung 5000 M., 8 Proz. Dividende 100 000 M. und Vortrag 8751 M. — Die Gohrner Waggonfabrik erzielte im Geschäftsjahr 1910/11 nach 157 085 M. Abschreibungen einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 212 445 M.; daraus gelangen zur Verteilung 10 Proz. = 148 700 M. auf Vorkaufaktien und 7 1/2 Proz. = 975 M. auf Stammaktien. — Beim Stahlwerk Döding in Düsseldorf stellt sich der Reingewinn nach 302 047 M. Abschreibungen einschließlich Vortrag auf 273 059 M. zu folgender Verwendung: Rücklage 15 000 M., Vergütung des Aufsichtsrats 10 000 M., 7 Proz. (5 Proz.) Dividende gleich 210 000 M. und Vortrag 38 059 M. — Die Waggon- und Bronzewarenfabrik L. A. Kiedinger in Augsburg erzielte einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 589 778 M. Die Dividende auf die Vorkaufaktien beträgt 7 Proz. (5 Proz.) die auf die Stammaktien 5 Proz. (4 Proz.) Zu außerordentlichen Abschreibungen werden 50 000 M. (0 M.) verwendet; als Vortrag verbleiben 221 983 M. — Der Abschluß der Weiskampfs Kupfer- und Messingwerke in Lützenheim ergab einen Reingewinn von 425 750 M. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, ihn wie folgt zu verteilen: Abschreibungen 176 645 M., Sicherheitsbestand 40 156 M., Rücklage 9300 M., Belohnungen 7655 M., Zinsenrücklage 4772 M., Gewinnanteile 13 038 M., 5 Proz. Dividende gleich 150 000 M. und Vortrag 21 185 M. — Die Reichert'sche Schiffswerft in Hamburg erzielte 1910/11 einen Betriebsgewinn von 1 361 322 M. Nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 150 364 M. Die Dividende beträgt 4 Proz. (i. B. 5 Proz.).

Einen wunder vollen Beitrag zur „objektiven“ Berichterstattung der Sozialdemokraten, bringt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner jüngsten Nr. Wir lesen da: „Hans Fehlinger-München gibt (in der Oktobernummer des Organs der amerikanischen „Federation of Labor“) einen Auszug aus der Statistik des „Correspondenzblattes“ über die Arbeitersekretariate in Deutschland. In diesem Auszug heißt es zum Schluß, daß es neben den 112 „in Verbindung mit den der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften gegründeten Arbeitersekretariaten 44 Rechtsanwaltsstellen sonstiger Gewerkschaften“ gebe. Von den in der Statistik des „Correspondenzblattes“ angegebenen 14 evangelischen und nicht weniger als 117 katholischen Volksvereinen und Arbeitersekretariaten (die, nebenbei bemerkt, den sozialistischen Institutionen zum Vorzug gebient haben), mit deren größtem Teil die christlichen Gewerkschaften in genau der Verbindung stehen, wie die sozialistischen mit den von sozialdemokratischen Parteiorganisationen mit unterhaltenen Arbeitersekretariaten — von all diesen nichtsozialistischen Sekretariaten meldet Fehlinger nichts!“ Das ist wirklich echt sozialdemokratisch-objektiv!

Einen Tobjuchtsanfall hat die „Rheinische Zeitung“ — in deren Nummer das bekannte 30 000 Mark-Schwindschwarzblatt hergestellt wurde — bekommen, wegen unserer Rundschauartikel über die sozialdemokratische Konsumereinfachfabrik. Das sozialdemokratische Blatt schimpft, unsere der „Eisenindustriezeitung“ entnommene Darstellung sei „falsch und erlogen“, unterstellt uns weiter „Verleumdung“ und grault dann wie ein echtes Fischweib, „unser Verfaß bräute es mit sich, tagtäglich über die Sozialdemokratie herzufallen. Da aber Tatsachen dafür fehlen, zwingt uns Amt und Not zur Verwendung von Mitteln, die jeder denkende Mensch als verächtlich abweist.“

Der „ehrenwerte“ Genosse, der diese „Lebenswürdigkeiten“ trotzen. hat gewiß nach seinem Nachwort erleichtert gelächelt: „Schrumm! als widerst du!“ Sie hat's bitter nötig, die „Rheinische“, sich so heranzudrücken; denn nirgends ist das Amt eine größere Not, als bei ihr. In einem Prozeß gegen den zeitigen verantwortlichen Redakteur dieses Blattes stellt der Richter die Frage, ob die Rheinische Zeitung auch solche Verträge habe, wie sie an der Eisen- und Arbeiterzeitung üblich seien. Ihr Verantwortlicher beantwortete diese knifflige Frage nicht. Vielmehr stellte der Gerichtsvorsitzende aus dem Akten fest, daß die Rheinische Zeitung, bei der sonst ein Tagelohn von 5 Mark ein Hungerlohn ist, ihrem Redakteur demselben ein Gehalt von 1500 Mark pro Jahr bezahlt. Weiter stellte der Gerichtsvorsitzende fest, daß Herr Kempkes noch ca.

1800 Mark Kosten aus früheren Prozessen zu berappen hat. „Rheinische“ wie wird dir, du willst doch nicht behaupten, daß die „Eisenzeitung“, welche die unbegabten 1800 M. einbrachten, ruhmwürdige Selbsttaten waren?

Das Kapitel „Masse und Führer“ kommt jetzt nach Abschluß des Buchdruckerarbeits in Genossenschaft wieder aufs Tapet. In Berlin lehnte eine von über zehntausend sozialdemokratischen Buchdrucker besuchte Versammlung den Tarif einfach ab. In Leipzig, dem zweitgrößten Druckort Deutschlands und dem Domizil des Buchdruckerorgans, ging's ebenfalls heiß her. Im Versammlungsbericht der sozialdemokratischen „Leipziger Volksztg.“ (Nr. 240/11) heißt es u. a.:

„Der Korrespondentredakteur Krahl bemühte sich, für die Annahme des Tarifs zu wirken. Er tat das jedoch in einer Weise, die den lebhaften Unmut der Versammlung hervorforderte, sodaß fortwährend Lachen, Zwischen- und Schlussrufe laut wurden und daher keine Ausführungen nicht genau weiterzugeben sind. Er bemerkte u. a., daß seit dem Jahre 1873 nicht so hohe Bezahlungen erfolgt seien. Andere Gewerkschaften wären heilfroher, wenn sie solche Erfolge erzielen könnten. Er warnte vor der Annahme der buchdruckerischen Resolution.“

Schulze wendet sich gegen die spöttische Art und Weise, wie im Korrespondent über die Kollegen geurteilt wird, die anderer Meinung sind. Er verliest aus dem Artikel des Korrespondenten vom 14. Oktober eine Stelle in der es heißt: „daß mehr zu erlangen nicht bloß unmöglich, sondern auch gewerkschaftlich ungewissen wäre“, und „wer also von dem in dieser Beziehung Erzielten noch unzufrieden ist, der lasse sich seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse patentieren.“ Der Redner meinte dazu, da höre denn doch der Gurkenhandel auf.“ Wie treffend läßt doch Goethe seinen Bauerbesitzer in den Räten rufen: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist sozialdemokratisch! Unsere diesbezüglichen Feststellungen in Nr. 41 haben die rote „Metallarbeiterzeitung“ auf den Plan geholt. Abgesehen von dem üblichen Brimborium weiß sie folgendes zu erwidern:

„Im übrigen kann diese Schreiberlei des schwarzen Metallarbeiterblattes uns kalt lassen und uns nicht hindern, unsere Verbandkollegen, die der sozialdemokratischen Partei noch nicht angehören, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß nur diese Partei — und vor allen Dingen nicht das Zentrum — die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse in ehrlicher Weise vertritt.“

Dem schwarzen Metallarbeiterblatt wird aber doch bekannt sein, daß unser Eintreten für die sozialdemokratische Partei uns keineswegs abhält, Kritik an etwaigen Mängeln dieser Partei zu üben.“

Das heißt also zu deutsch: „Ja, der deutsche Metallarbeiterverband ist sozialdemokratisch. Daher ist es denn auch weiter nicht merkwürdig, daß die rote Metallarbeiterzeitung nichts gegen die Verwendung von Verbänden geben für die sozialdemokratische Wahlklasse einzunehmen hat. In welcher Weise die sozialdemokratische Partei die Arbeiterinteressen vertritt ist denjenigen Arbeitern, die ohne Scheuklappen durchs Leben gehen, hinlänglich bekannt; die danken für Prof. und wollen Taten sehen. Die angebliche eigene Meinung der Metallarbeiterzeitung gegenüber der sozialdemokratischen Partei ist wirklich nicht weit her. Hat sie denn schon die Geheimkonferenz vergessen?“

Es war im Februar 1906, da kamen die Führer der „freien“ Gewerkschaften auf einer Verbandskonferenz in Berlin zusammen, um sich gegenseitig über ihr Slavenbasen etwas vorzutragen. Die ganze Knechtlichkeit der „freien“ Führer wurde hier recht drastisch aufgedeckt. „Führer in's Kreuz“ haben wir erhalten, so klagte bitterlich der eine (Müller). „Seit 10 Jahren haben wir Gewerkschaftler uns beschimpfen; die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben... wir haben uns prügeln lassen müssen“, so jammerte der andere (Deinhard). Und nun packte auch Bömelburg aus: „Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen, in ganz hystematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheizen. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: Seht, das sind die vollgefressenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“

So und ähnlich klagten und jammerten die „freien“ Führer damals unter der unwürdigen Fuchtel der roten Parteidiktatoren, und heute stehen die Dinge, auch für die Metallarbeiterzeitung, um kein Haar besser. Beweis: ihre Haltung zu dem Majestätsbeschlusse des Jenaer Parteitag, von dem sie selbst gestehen mußte, daß er „wie eine Schikane für die Funktionäre der Arbeiterbewegung wirkt“. Wir müssen darum einweisen bei unserer Ansicht verfahren: Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer müssen jeden Drei schlucken; der ihnen von den roten Parteibonzen angeführt wird, sonst — wirkt irgend eine Panneboel wieder vor ihren Mitgliedern die Frage auf: „Sind die Massen eine Hammelherde oder nicht?“ Die roten Parteibonzen regieren also über die Köpfe der erwählten und verantwortlichen Führer in die sozialdemokratischen Gewerkschaften hinein, daher auch wohl der Name „freie“ Gewerkschaften. Weil nun aber sozialdemokratische Parteinteressen und Arbeiterinteressen (siehe z. B. Majestät) grundverschiedene Dinge sind, schließen den Leuten Arbeiter sich zur Wahrung und Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen den unabhängigen christlichen Gewerkschaften an.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beendigung des Streiks bei der Firma Metallwalzwerke in Menden.

Am 11. September d. J. die Drahtzieher der Firma „Metallwalzwerke“ in Menden die Herstellung von Streifen für die Firma „Neuwalzwerk“ in Bösperde verweigerten, wurden sie von der Firma kurzerhand entlassen. Nachdem nun die Bewegung auf Neuwalzwerk gegen Ende vorigen Monats erledigt war, hätte man annehmen sollen, daß damit auch die Differenzen bei der Firma Metallwalzwerke beigelegt gewesen seien. Die Firma stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt. Sie wollte nur einen Teil der ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen, unter dem Vorwand, daß sie schon eine Reihe von Arbeitskräften engagiert habe. Da jedoch feststand, daß die Firma nicht in der Lage war, „Arbeitswillige“ zu bekommen, es also offenbar auf eine Maßregelung abgesehen habe, beschloßen die beteiligten Kollegen, unter diesen Umständen die Arbeit nicht aufzunehmen.

Bei der Aussperrung der Drahtzieher hatte die Firma von dem in ihrer Arbeitsordnung fixierten angeblichen Rechte der Einbehaltung eines wochenlanges Gebrauchs gemacht. Außerdem verlangte sie von den Kollegen Schadenersatz in Höhe von insgesamt 2624,89 M. Bei dem ersten Termin vor dem Gewerbeamt in Wenden machte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag in dem Sinne, daß einerseits die Firma die Klage zurücknimmt und andererseits die Arbeit seitens der Streikenden wieder aufgenommen werde. Nach längeren Verhandlungen kam man schließlich zu dem Resultat, die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen:

1. Es werden alle Arbeiter, sofern sie nicht freiwillig darauf verzichten, am Montag, den 16. Oktober, wieder eingestellt.
2. Die Firma Metallwalzwerke nimmt die Schadenersatzklage gegen die Streikenden zurück.
3. Die gegenseitigen Sperren werden aufgehoben.
4. Die beiderseitigen außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Bei den Verhandlungen wurde ferner seitens der Vertreter der Firma Metallwalzwerke die eventuelle Einigung davon abhängig gemacht, daß die nach ihrer Meinung bestehende „geheime“ Sperre über die Firma Neuwahlwerk in Wörsperde aufgehoben werden müsse. Kollege Gerharb bestritt jedoch ganz entschieden, daß eine geheime Sperre bezüglich der Firma Neuwahlwerk bestehe, was jedoch darauf hin, daß die dortige Arbeiterchaft darauf dränge, falls die Fa. Neuwahlwerk in Wörsperde nicht ihren Standpunkt bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten ändere, die Sperre, und zwar öffentlich, über besagte Firma verhängt werde.

Der Erfolg der Kollegen von den Metallwalzwerken ist umso höher einzuschätzen, da noch in der vorhergehenden Woche besagte Firma sich auf den Standpunkt stellte, eine Reihe von Kollegen nicht wieder einzustellen und die anderen sollten den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes passieren. Diese Bedingung ließ die Firma, bei den Verhandlungen fallen und gab die Erklärung ab, alle Kollegen, soweit sie nicht darauf verzichten, wieder einzustellen.

Ein großes Verdienst an diesem Ausgang der Angelegenheit hat sich zweifellos durch seine unparteiische und berechtigte Vermittlungstätigkeit der Vorsitzende des Gewerbeamts, Herr Amtsgerichtssekretär Lubig, erworben. Wir wollen deshalb nicht verfehlen, ihm auch an dieser Stelle unsern Dank auszusprechen.

Im übrigen hat aber auch der Ausgang dieser Bewegung wieder gezeigt, daß nur eine in ihrer Organisation einig und geschlossen kämpfende Arbeiterschaft erfolgreich voran schreiten kann. Mögen deshalb die Arbeiter von Wenden und der Umgebung sich unentwegt weiter an der Stärkung und Ausbreitung ihrer Organisation, des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Tuttlingen. Der Streik bei der Firma Schmiedhardt, Fabrik chirurgischer Instrumente in Tuttlingen, ist nach fünfwöchiger Dauer durch die Annahme eines Tarifvertrages beendet. Wenn der jetzige Tarif auch einen Fortschritt gegenüber dem früheren bedeutet, so sind doch die Zuschläge gering. Der Tarifvertrag, bei dem zum ersten Male auch unser Verband als Tarifkontrahent mitgewirkt hat, hat folgenden Wortlaut:

- § 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. Die Einteilung der Arbeitszeit bleibt der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überlassen, hat aber jedoch so zu erfolgen, daß sie in die Zeit von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr fällt. An den Vorabenden von Ostern und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend bei Bezahlung der vollen Stundenzahl.
- § 2. Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Müssen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt ein Zuschlag von 25%. Ueberstunden sollen jedoch nicht nach abends 8 Uhr ausgebeht werden, Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen gestattet und mit Zuschlag von 50% zu entschädigen. Bei außerordentlichen Fällen ist nach Verhandigung mit den Arbeitern eine andere Regelung statthaft.
- § 3. Mit jedem Arbeiter wird ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart, welcher jedoch für Ausgelernte im ersten Jahr nicht unter 30 Pfg., im zweiten Jahr nicht unter 33 Pfg. betragen darf. Für Arbeiter mittlerer Arbeitsleistung beträgt der Lohn nicht unter 42-45 Pfg., für selbständige Arbeiter nicht unter 46-50 Pfg. per Stunde. Für Arbeiter minderer Arbeitsleistung unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung unter Mitwirkung einiger älterer Arbeiter. Hilfsarbeiter von 18 bis 20 Jahren erhalten nicht unter 26 Pfg., von 20 bis 25 Jahren nicht unter 30 Pfg., über 25 Jahren nicht unter 33 Pfg. die Stunde. Arbeiter, die bei Inkrafttreten dieses Tarifvertrages diese oder höhere Löhne haben, erhalten eine Zulage von 1 Pfg. die Stunde.
- § 4. Akkorde werden vor Inangriffnahme der Arbeit schriftlich vereinbart und voll ausbezahlt, wenn die Arbeit ordnungsgemäß ausgeführt ist. Die festgesetzten Akkordpreise werden in ein Verzeichnis eingetragen, das in den Arbeitsräumen ausgehängt werden muß. Veränderungen an den Akkordpreisen erfolgen im gegenseitigen Einverständnis und sollen, wenn eine Verständigung zwischen Firma und Arbeiter nicht möglich ist, sachkundige Arbeiter zur Begutachtung zugezogen werden. Bei Akkorden, wo ein Arbeiter ohne sein Versehen den mit ihm vereinbarten Stundenlohn nicht zu erreichen vermag, wird derselbe gewährt.
- § 5. Die Lohnzahlung erfolgt 14tägig am Donnerstag nach dem Schluß der Arbeitszeit beendet sein.
- § 6. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage.
- § 7. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Insbesondere ist für genügende Ventilation in der Werkstatt, ausreichende Heizung und Wascheinrichtung, sowie Verbandszeug Sorge zu tragen.
- § 8. Durch diese Vereinbarung darf eine Verschlechterung bisheriger Verhältnisse und Gepflogenheiten nicht eintreten.
- § 9. Vorstehender Tarifvertrag tritt mit dem Tage der gegenseitigen Unterzeichnung in Kraft und hat bis zum 31. August 1913 Gültigkeit. Dieser Vertrag läuft jährlich, wenn nicht mindestens vier Wochen vor Ablauf von einer der vertragstheftenden Parteien gekündigt wird.

Tuttlingen, den 13. Oktober 1911. (Unterschriften.)

Protokoll zum Tarifvertrag:

Diesem Akkorde, bei denen der Arbeiter seinen durchschnittlichen Verdienst nicht erreicht, werden einer Revision unterzogen.

Beschwerden, welche aus dem Arbeitsverhältnis entspringen, werden beim Werkführer vorgebracht. Können sie dort nicht geregelt werden, so haben die Beschwerdeführer das Recht, ihre Beschwerden persönlich dem Firmeninhaber vorzutragen.

Tuttlingen, den 13. Oktober 1911. (Unterschriften.)

Es wäre unzweifelhaft mehr für die Arbeiter herausgekommen, wenn nicht eine Anzahl von „herzen Arbeitswilligen“ den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen wären. An den Kollegen liegt es jetzt, durch Organisations- und Schulungsarbeit dahin zu wirken, daß die Bestimmungen des Vertrags nun auch in allen Teilen durchgeführt werden und die Mindestlöhne nicht als Höchstlöhne betrachtet werden. Herr Schmiedhardt hat diesbezüglich bei den Verhandlungen bemerkt, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß er von sich aus bei besserem Geschäftsgang eine Zulage gebe. Soll aber später eine bessere Ausgestaltung des Tarifs erreicht werden, so ist eine weitere Stärkung der Organisation hierzu die Voraussetzung.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Schloß-Stein. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Neud.) Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Meydt. Ueber die Firma May Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Lünen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen ist die Sperre verhängt.

Barmen-Siebertfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

W.-Glabach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnkanal-Bauanstalt und Eisengießerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Geislar. Die Firma Wäcker u. Co. ist für Werkzeugmacher gesperrt.

Trier. Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik.

Zwillingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Höln-Troisdorf. Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.G. stehen im Kampfe zur Verteidigung des Koalitionsrechtes. Zugang fernhalten.

Berlin. Die Berliner Formner und Eisengießerei Arbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Solingen-Haan. Bei der Firma Hofeing & Co., Maschinenfabrik sind wegen Mafregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

Neheim-Bremen. Die Stampfer der Firma Eisemeier stehen wegen Lohn Differenzen im Streik.

Sevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff stehen wegen Differenzen in Kündigung.

Hann. Die Feinzieher der Westf. Drahtindustrie sind zwecks Abwehr von Verschlechterungen in eine Bewegung eingetreten. Zugang von Drahtziehern ist streng fernzuhalten.

Langerwehe-Schöenthal. Bei der Firma Karl Schlichter & Söhne, Nadelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Nadeln ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streik. Zugang fernhalten.

Krefeld. In den kunstgewerblichen Metallwarenfabriken F. H. Dauhberg, F. B. Kaiser Sohn, und Bitter & Gobbels stehen die Arbeiter zum Teil im Streik und die übrigen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund-Lünen. Die Differenzen in der Gießerei der Firma Glume und Lenz sind beigelegt. Die Firma hat die sämtlichen Akkordabzüge retourgenommen, auch den übrigen Wünschen der Arbeiter soll Nachmit getrauen werden. Die Sperre über die Firma ist hiermit aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Oktober 1911 der vierundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Bremerhaven erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg.; die Ortsverwaltungen Hulsburg, Siefeld und Fulda erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 10 Pfg. Die Nichtbegleichung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen Bestellkarten für das Jahrbuch 1912 bei. Diese sind am zweckmäßigsten in den Mitteilungsveranstaltungen auszuliegen. Bestellungen sind an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 17 zu richten.

Die letzte Nr. 42 unseres Verbandsorgans ist vergriffen. Die Zahlstellen, in denen noch übrige Exemplare vorhanden sind, werden gebeten, solche wieder zurück zu senden.

Adressen.

W.-Glabach. Das Büro unserer Ortsverwaltung befindet sich im Bürgerhof, Ecke Mühlen- und Dammstraße. Telefon Nr. 358.

Chemnitz. Das Büro unseres Sächsischen Bezirkssekretariats befindet sich jetzt: Chemnitz, Moritzstraße 88 II. (Telefonnummer 3095)

Aus dem Verbandsgebiet.

Fulda. Am 8. Oktober hielt unsere Ortsgruppe zwei Mitgliederversammlungen ab, in welchen Bezirksleiter Kollege Scherer über die gegenwärtige Situation in der Metallindustrie und die sich daraus für uns ergebenden Lehren referierte. Treffend schilderte der Redner die schweren Kämpfe, die sich momentan in der Metallindustrie abspielen und die auch von unserem Verbands schwere Opfer fordern. Besonders auch in den kleineren, noch mehr ländlichen Industrieorten, wo man bislang kaum eine Arbeiterbewegung dem Namen nach kannte, seien langwierige und kostspielige Kämpfe vielfach nicht zu umgehen, um die dortigen Werte zur Zahlung angemessener Löhne für ihre Arbeiterschaft zu bestimmen. Diese, letzten Endes aber wieder der gesamten Metallarbeiterschaft zugute kommende Tätigkeit, lasse sich ausschließlich auf den Schultern unseres Verbandes haben. Nun unsere größte Konkurrenzorganisation, die an den für sie in Frage kommenden Hauptorten nicht mit diesen Schwierigkeiten bei Bewegungen zu rechnen habe wie wir, auf der letzten Generalversammlung ihre Beiträge um 10 Pfg. erhöhen müssen, so müßten auch die christlichen Metallarbeiter auf die weitere Stärkung ihrer Kriegskasse im eigenen Interesse bedacht sein. Die übergroße Mehrzahl unserer Verbandskollegen habe diese Forderung der Zeit erkannt und den Lokalbeitrag schon entsprechend erhöht. Auch die Fuldaer Kollegen, die ja der Tätigkeit ihres Verbandes schon so vieles verdanken, dürften da nicht länger mehr zurückbleiben. Diese Ausführungen fanden in der Diskussion allseitige Zustimmung. Die Fuldaer Kollegen, das war die einmütige Ansicht in beiden Versammlungen, müßten jetzt zeigen, daß sie für die Wahrung ihrer Interessen auch Opfer zu bringen bereit seien. In beiden Versammlungen wurde denn auch einstimmig beschlossen, ab 1. Oktober einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. statt bisher 5 Pfg. wöchentlich zu zahlen. Eine größere Anzahl von Kollegen hat diesen Beitrag schon freiwillig seit Juli bezahlt und kein einziger von den übrigen darf nun vor der Durchführung dieses Beschlusses zurückbleiben.

Gerade wir in Fulda müssen uns für die Folge bestreben, durch echte gewerkschaftliche Einigkeit und Opferwilligkeit wieder vorwärts zu kommen. Die gesamte Fuldaer Metallarbeiterschaft hat ein Lebensinteresse daran, daß sie einig, geschlossen und opferwillig in ihrer Organisation besteht. Unsere erste Aufgabe soll es darum jetzt sein, die seit der letzten Bewegung wieder abtrünnig gewordenen, für unseren Verband zurückzugewinnen und sie zu echten Gewerkschaftlern zu erziehen. Durch Zähigkeit, Ausdauer und opferwillige Arbeit jedes Einzelnen wird und muß das gelingen. Darum auf zur Tat!

Kempten (Allgäu). Auch die hiesigen Schmiedegesellen regen sich zwecks einer zeitgemäßen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die alte Gleichgültigkeit, an der bisher alle dahingehenden Bestrebungen scheiterten, ist nun überwunden, das bewies der gute Verlauf der Versammlung vom 5. Oktober. Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Kollegen Wagner, welcher an Hand eines umfangreichen statistischen Materials den Nachweis führte, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Schmiedegewerbe einer den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechenden Besserung bedürften. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 63 Stunden treffe man heute fast auf keiner Ortschaft mehr an. Die Tatsache, daß der Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit leistungsfähiger sei, habe in fast allen Industrien zu einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Auch die Kemptener Schmiedemeister sollten sich diesen Gründen nicht verschließen und die Arbeitszeit auf 60 Stunden herabsetzen. Auch die Lohnfrage bedürfe dringend einer Neuregelung. Der 5. Schichtlohn von 48 Pfg. bei den Feuerschmieden entspräche nicht den Anforderungen, die an diese Kollegen hinsichtlich der Arbeitsleistung gestellt würden. In den anderen Sparten sei es nicht viel besser.

Die anwesenden Kollegen waren sich sämtlich darin einig, daß die vom Referenten geforderten Verbesserungen notwendig und auch für eine in der christlichen Organisation zusammengefaßte Hilfenschaft erreichbar seien. Nach reger Debatte erklärten sie ihren Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband und beschloßen einstimmig die Annahme folgender Resolution:

„Die heute abend im Gasthaus zur Krone tagende Schmiederversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten toll und ganz einverstanden. Der Versammlung bei anfragen den christlichen Metallarbeiterverband in der An gelegenheit einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Schmiedegewerbe weitere Schritte einzuleiten. Die Versammlung erwartet von den Herren Schmiedemeistern, daß sie den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter auf kürzere Arbeitszeit und zeitgemäße Entlohnung Rechnung tragen.“

Die notwendigen Schritte im Sinne dieser Resolution wurden seitens der Bezirksleitung bereits eingeleitet; es bleibt abzuwarten, welche Stellung die Schmiedemeister jetzt einnehmen werden. An den Schmiedegesellen aber ist es nun, in zwischen die weitere Stärkung ihrer Organisation nachdrücklich zu betreiben, dann wird es auch möglich sein, ihre berechtigten Wünsche mit Nachdruck zu vertreten.

Rosenheim (Bayern.) Unser Münchener Bezirksbeamter hatte hier selbst die im Metallgewerbe beschäftigten Kollegen auf den 22. Juli abends brieflich zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Zweck der Besprechung war, den geladenen Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationsklar zu machen und so unserem Verbands auch in Rosenheim Eingang zu verschaffen. Zu dieser Besprechung hatte sich auch der nicht geladene sozialdemokratische Arbeitersekretär Göpfert eingefunden. Bei Eröffnung der Versammlung wurde dann noch besonders bekannt gegeben, daß nur die brieflich geladenen Kollegen an der Besprechung teilnehmen könnten. Göpfert sprach nun zur Geschäftsordnung und erklärte, er habe von einem Bekannten die Einladung erhalten mit der Vollmacht, für diesen die Versammlung zu besuchen; insobessen bleibe er da. Der Versammlungsleiter war mit dieser eigenartigen Bevollmächtigung jedoch nicht einverstanden und ersuchte Göpfert, das Lokal zu verlassen. Als Göpfert aber selbst einer mehrmaligen Aufforderung zum Verlassen des Lokals nicht nachkam, sah man sich gezwungen, die Polizei zu rufen. Aber auch durch diese ließ er sich nicht bestimmen, den Saal zu verlassen und das Hausrecht des Versammlungsleiters zu respektieren. Die Besprechung wurde darauf verlagert und gegen Göpfert Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Er erhielt auf dem Marschwege eine Strafe von 10 M. oder 2 Tage Gefängnis zu

billiert. Der sozialdemokratische Arbeitersekretär aber glaubt immer noch im Rechte zu sein und erhob beim Schöffengericht Einspruch gegen diese Strafe. Das Schöffengericht aber beschloß am 10. Oktober die Strafe und verurteilte Gypfert außerdem noch zur Tragung der Kosten.

Der „müßiggelächte Fischzug“ über den Gypfert sich feinerzeit so kindisch zuweilen, hat also auch zu seinen Ungunsten geendet. Der sozialdemokratische Herr Arbeitersekretär, der vorgab, die Gesetze besser zu kennen, wie der christliche Versammlungsleiter, wird nun doch hoffentlich wohl einsehen, daß Frechheit und Gesekeskenntnis zwei verschiedene Dinge sind. Die Metallarbeiter von Rosenheim aber mögen aus diesem Vorfall wieder erfahren, daß den Genossen kein Mittel zu schlecht ist, um ihre Pläne durchzusetzen. Eifrige Werbearbeit zur Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes soll unsere Antwort sein.

Mhe me. In letzter Zeit veröffentlicht die „Dortmunder Arbeiterzeitung“, „Metallarbeiterzeitung“ e. h. t. u. l. i. quantl. Artikel, worin die christlichen Metallarbeiter von Rheine als Feiglinge, schwarze Helden u. titullert wurden. Was ist nun der Grund für diese Schmähungen der christlichen Kollegen durch die roten Schimpfblätter? Bei der hiesigen Automobilfabrik Gebr. Windhoff trugen sich die Kollegen schon seit längerer Zeit mit dem Bestreben, statt der 14tägigen, ständige Lohnzahlungsperioden zu erhalten. In zwei Betriebsversammlungen wurde diese Forderung des näheren besprochen und Beschluß gefaßt: Der Vertreterauschuß soll die Forderung der Firma vorlegen; ferner solle er eine Verabredung der zu hohen Strafen für Zusätzkommen erwirken.

Nachdem nun der Vertreterauschuß den Auftrag ausgeführt, wurde nochmals eine Betriebsversammlung abgehalten in der auch die beiden Chefs sowie mehrere Betriebsbeamte erschienen waren. Nach der Wahl des Büros legte der den Vorsitz führende Kollege den anwesenden Vertretern der Firma die Forderungen der Arbeiter nach etw. mal vor. Mehrere Kollegen bekräftigten das Vorgebrachte durch Ausführung von weiteren Gründen und Beispielen, die für die Forderungen sprachen. Herr F. Windhoff betrachtete die Angelegenheit jedoch von einer anderen Seite. Er meinte, die Forderungen seien gar nicht von der Mehrheit der Arbeiter gestellt, sondern nur von einigen Friedensstörern, die einen Grund zum Feiern benötigten. Dieser Unterstellung begegneten sofort einige alte Arbeiter durch die Erklärung, daß diese Wünsche der Arbeiter schon mehrere Jahre beständen. Nunmehr verteilte sich Herr Windhoff darauf, daß er die ständige Abrechnung nicht einführen könne aus dem Grunde, weil seine Geschäftsbücher auf monatlichen Abschluß eingerichtet seien. Er stellte jedoch in Aussicht, vom 1. April 1912 ab die 10tägige Abrechnung einführen zu wollen unter der Bedingung, daß die Arbeiter bis dahin nicht mit eingreifenden Forderungen an ihn herantreten.

Daraufhin beschäftigten sich unsere Kollegen nochmals in einer Versammlung mit dieser Angelegenheit und kamen dahin überein, außer den drei von der Firma zugesandenen Punkten noch die Bewilligung eines vierten zu fordern, der besagt: Die Arbeiter würden sich z. Bt. mit dem Zugeständnis der 10tägigen Abrechnung begnügen, wenn die Firma sich verpflichte, bis zum 1. April nächsten Jahres keinerlei Anordnungen zu treffen, wodurch die Arbeiter benachteiligt werden, wie Lohnkürzungen u. dgl. Diese Besprechung unserer Kollegen griffen nun die Genossen auf als willkommene Gelegenheit, zur Inszenierung eines Entrüstungsstummels. Die „Führer“ waren also richtig wieder mit ihrem Latein zu Ende und für die Genossen führten mußte um jeden Preis ein Prügeljunge beschafft werden, an dem sie ihren Groll auslassen durften. In der darauffolgenden Betriebsversammlung ging denn auch die bekannte rote „Arbeiterinteressenwerteterei“ los. Ein tolles Geschimpfe wie „Derreiter“, „Müßiggelächter“ u. dgl. jagelte auf die christlichen Arbeiter ein. — So „föhren“ die Genossen die Gungelst der Arbeiter zum Gaußium der von ihnen angeblich bestimpften „Kernaleiden und terruchten kapitalistischen Ausbeuter“. Das wird sich die Arbeiterschaft von Rheine für die Folge merken.

Nicht wenig erstaunt aber war die Rheiner Arbeiterschaft über die Art, wie die ganze Angelegenheit in der roten Presse „gedreht“ wurde. Solch demagogisch unverschämte verlogene Art der Berichterstattung hielten die Kollegen bislang für unmöglich. Der Bericht der Metallarbeiterzeitung ist ein phantastisches Lügengewebe, über das jeder mit den hiesigen Verhältnissen vertraute Kollege bestenfalls kopfschüttelnd zur Tagesordnung übergeht. Der Mann, der das Zeug da geschrieben, ist so krank vor Wut und Haß, wie derjenige blind ist, der da in der Dortmunder Arbeiterzeitung schwafelt von einer „vollständigen Niederlage der Christlichen, von der sie sich ihr Lebtage nicht wieder erholen werden.“ Da war zweifellos der „rote“ Wunsch der Vater des „menschenfreundlichen“ Gedankens. Wenn dann die Metallarbeiterzeitung den Kollegen freilich die tapferen Streikführerstrategie“ schimpft, so liegt da offenbar eine böse Verwechslung vor, denn freilich ist nicht ein Beamter des roten Verbandes, der doch bekanntlich das Monopol für diese Gattung von „Strategen“ besitzt.

Wenn der Sträubig den Kollegen Kreil in seinem Bericht durchaus nicht übergeben wollte, so hätte er dem roten Lesepublikum besser einen Auszug von dessen Ausführungen vorgelesen. Was es doch gerade Kreil, der die roten „Hollsbeglücker“ und „Strategen“ in ihrer ganzen „Größe“ ins rechte Licht rückte. Aber freilich, die Wahrheit können manche Leute nicht vertragen, denn jeden ehrlich denkenden Arbeiter würde das Treiben der Genossen anwidern und mit Absichten erfüllen.

Kollegen von Rheine! Sollen diese „Hollsbeglücker“ noch länger mit unseren Interessen Schindluder spielen dürfen? Immermehr! Sorgen wir also durch eifrige und unabhängige Werbearbeit dafür, daß auch hier in Rheine unser christlicher Metallarbeiterverband so erflarkt, daß wir, allen roten Machinationen zum Trotz, unsere wirtschaftlichen Interessen wirksam verteidigen können.

Kempten. (M. G. u.) Bei der Firma Georg Krefel, elektrotechnische Werkstätte, gingen die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes dazu über, eine Lohnbewegung einzuleiten. Unter dem Vorwande, wir Arbeiter machen die Sache allein, mußten die Genossen auch die Mitglieder unseres Verbandes zu bestimmen, die Eingabe mit den Forderungen mit zu unterschreiben. Die Sache nahm jedoch einen anderen Verlauf, als man zu Anfang gehofft. Am 18. September wurde eine Fabrikversammlung einberufen, in welcher der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Verbandes erklärte, „die Bewegung wird von den „denkenden“ Metallarbeiterverband allein gemacht und wenn die Christlichen auch mitmachen wollen, sollen sie sich an ihren Bezirksleiter wenden.“ Unser Verband wurde dann in derselben Fabrikversammlung in der schärfsten Weise heruntergemacht, um unsere Kollegen die

Mitgliedschaft zu verweigern. Das Ergebnis war denn auch, daß zwei Kollegen sich bereits zu der Forderung herbeiließen, zum sozialdemokratischen Verband überzutreten zu wollen. Es war also für jeden jetzt ohne weiteres klar, zu welchen „sauberen“ Zwecken diese Bewegung von den Genossen geführt wurde. Nachdem nun die Firma durch ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes erfahren hatte, daß Forderungen eingereicht werden sollten, kündigte die Firma am 19. September ihre Arbeiterschaft. Auch unsere Kollegen waren in die Kündigung mit einbezogen.

In dieser Situation war es nun selbstverständlich Pflicht unserer Bezirksleitung, einmal nach dem Rechte zu sehen. Kollege Wagner wurde wegen der Kündigung bei der Firma vorbestellt. Dieser hatte man unsererseits angenommen, die Kündigung sei auf Grund der Eingabe vorgenommen. Dem war jedoch nicht so; sie war die unmittelbare Antwort auf die rote Versammlung vom Tage vorher, in der die Genossen auch unseren Verband in gemeiner Weise angegriffen hatten. Unserem Bezirksleiter gelang es denn nach Klarstellung des Sachverhalts auch, nicht nur die Rückgängigmachung der Kündigung für unsere Kollegen zu erreichen, sondern auch noch eine Lohnerhöhung und die Festlegung der Montagezulagen.

Dieser Erfolg unseres Vorgehens entfesselte nun natürlich den ganzen Haß der Genossen. Mit allen Mitteln verjuchten diese unsere Mitglieder die Arbeit zu verweigern. Der Gewisse Schnorff, Vertrauensmann des roten Verbandes, tat sich bei dieser „Beratungsarbeit“ besonders rühmlich hervor. Er konnte es nicht unterlassen, einen unserer Kollegen fortgesetzt mit Eisenstücken, Zigarettenstummeln und dergl. zu bewerfen.

Natürlich erhoben die Genossen jetzt wieder ein großes Geschrei über christlichen Streikbruch und christliche Streikbrecher. Sie veranschulden aber zum Schaden der Arbeiterschaft die Augen vor der Tatsache, daß sie sich durch ihre eigene Unehrlichkeit die Karre selbst verfahren haben. Mögen die Genossen sich das eine merken, der christliche Metallarbeiterverband wird sich nie zum blinden Nachläufer des sozialdemokratischen Verbandes hergeben. Wollen die Genossen gemeinsame Bewegungen mit unserem Verbande führen, so setzt das zunächst ein ehrliches Handeln gegen unsere Mitglieder und unseren Verband voraus. Die Handlungsweise, wie sie die Genossen gelegentlich dieser Bewegung gegen unseren Verband be liebten, forderte von uns schon aus Reinlichkeitsgründen, daß wir unsere eigenen Wege gingen. Wenn dadurch die Interessen der Arbeiter nicht in wünschenswertem Maße gefördert werden, so tragen daran jene sozialdemokratischen Führer die Schuld, die selbst in solchen Situationen auf eine unehrliche und verlogene Seite gegen uns nicht verzichten können.

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 gelangt in diesen Tagen zur Ausgabe. Auch diesmal ist wieder auf der bewährten und von der wissenschaftlichen Kritik anerkannten Grundlage aufgebaut worden. Demgemäß wechseln aktuelle praktische Themen mit solchen grundsätzlicher Natur ab, während die ständigen Uebersichten über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Reichssozialgesetzgebung das Ganze umrahmen. Dem Charakter der heutigen Situation entsprechend werden zunächst in je einem Artikel über die Hausagitation und den Weiler Ausbau der Unterrichtskurse Fingerzeige gegeben, für die Systematisierung und die geistige Vertiefung des Agitationsapparates, der ja schließlich in der regelmäßigen Anwendung einiger „Rumpfriffe“ sich nicht erschöpft. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Jugendbewegung wird in einem kurzen Artikel präzipiert. Der Artikel gibt ferner in der Feststellung, daß die Zeit der grundsätzlichen Unentschiedenheit vorbei und jene der praktischen Betätigung gekommen ist. Von welchen speziellen Gesichtspunkten die Aufmerksamkeit, aber auch die Kinderheitsorganisationen die Entwicklung unseres Schieds- und Einigungsweins zu beurteilen und zu beeinflussen haben, legt ein weiterer Artikel dar. Diesem schließt sich eine kurze Apologie der Arbeiterbewegung als Kulturfaktor an. Unsere Mitglieder werden nicht zuletzt die dann folgenden ausführlichen Besprechungen über den jetzigen Stand der Weltwirtschaft und Wahlkörper, Wahlrecht und Verfahren in der neuen Reichsversicherungsordnung willkommen sein. Das „Jahrbuch“ enthält damit wiederum seinen Charakter als unentbehrliches Nachschlagewerk. Dazu tragen aber auch die mannigfachen Notizen aus dem Gebiete der Statistik, namentlich der sozialen, die den Lesern in gewohnter Weise angebotenen sind, in vieler Beziehung bei. Natürlich fehlt es auch nicht an dem kalendrischen Feiertag; ebenso wenig an einem zusammenfassenden Jahresberichts und dem beliebtesten Schema zu einem Haushaltsbudget. — Der Preis ist der bekannte: 1 M. im Buchhandel, für unsere Mitglieder durch die Zahlstellen oder die Verbandszentrale 50 Pfg.; in beiden Fällen ausschließlich Porto.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1912. Herausgegeben vom Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostpreussens. 33 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Akt.-Ges., Berlin O 2. — Der vorliegende 10. Jahrgang des Arbeiter-Taschenbuchs wird herausgegeben von dem Kartellverbande katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostpreussens. Seit Jahren schon war das Taschenbuch der Ausdruck der Geistes- und Arbeitsgemeinschaft in den jetzt kartellierten drei Landesverbänden. Es hat sich die Aufgabe gestellt, der Wegweiser der Vereinsmitglieder zu sein. Daher reich, pader, lebendiger, lebendiger Inhalt. Für jeden in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterfreund und insbesondere für unsere katholischen Kollegen ohne Ausnahme ist dieses Taschenbuch außerordentlich nützlich; ja geradezu unentbehrlich. Aus dem wie immer reichen und gediegenen Inhalte haben wir hier nur hervor: Arbeiterhaus und Arbeiterheim, Der Gewerkschaftler im katholischen Arbeiterverein, Arbeiterinteressen und Handelspolitik. Was bringt uns die Reichsversicherungsordnung. Wie in den früheren Jahren so finden wir auch diesmal wieder als Abschluß des Buches ein ausführliches soziales Vortragsverzeichnis. Mögen recht viele unserer Kollegen nach dem billigen und praktischen Büchlein greifen zu eigenem Nutzen und im Interesse der guten Sache.

Der Verhandlungsbericht über die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, der nach stenographischer Niederschrift bei G. H. Fischer in Jena zum Preise von 1,60 M. erschienen ist,

zeigt, von wie großem Werte gerade die diesmaligen Beratungen über die Jugendfrage gewesen. „Die gewerkschaftlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren“ war das spezielle Thema, das verhandelt wurde, und die drei von hervorragenden Fachleuten gehaltenen Referate bringen ebenso wie die ergänzenden Bemerkungen der Diskussionsredner eine Fülle von Anregungen auf diesem wichtigen Gebiete. Professor Dr. von Gruber behandelte den „Berufsschutz der Jugendlichen“ von dem Standpunkt der Massenhigiene aus. Nur der gesunde Mensch ist leistungsfähig; aber gesunde Menschen können nur geboren werden und als gesunde Menschen aufwachsen, wenn ihre Mütter gesund und kräftig gewesen sind. Deshalb ist der Berufsschutz bei den gewerblichen Arbeiterinnen ganz besonders wichtig. Neben der körperlichen Gesundheit steht die berufliche Tüchtigkeit. Diese aber ist bedingt von der Ausbildung. Das zweite Referat, das Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Cuno-Sagen i. M. erstattete, behandelte die Frage der „Fortbildungspflicht der Jugendlichen“, ohne die, namentlich in den Gebieten der Groß- und Schwerindustrie die unbedingt erforderliche Weiterbildung unserer volkschulclassen männlichen Jugend absoht unmöglich erscheint. Die berufliche und schulfreie Zeit endlich, die den Jugendlichen die größten Gefahren, die stärksten Versuchungen bietet, muß ebenfalls planmäßig ausgefüllt sein. Hier setzt die „Jugendpflege“ ein, über die der Leiter des Hammerbrooker Volksheims Walter Klassen-Hamburg berichtet, auf Grund eigener Erfahrungen, eigener Erlebnisse mit einem warmen Appell an die besser Bemittelten und Gebildeten, auf diesem Gebiete ethisch-sozialer Volkserziehung mitzuarbeiten.

Briefkasten.

Wegen des Allerheiligensfestes in nächster Woche muß bereits Samstag, den 28. Oktober für die nächste Nummer Redaktionschluss gemacht werden. Notizen für den Veranstaltungskalender müssen spätestens Montag früh mit der ersten Post hier eingegangen sein.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!**
Verzählt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 27. Oktober.**
- Sterkrade.** Abends 8.30 Uhr bei Randscheldt, Soltenstr. 1
- Samstag, den 28. Oktober.**
- Dortmund-Annen.** Abends 8.30 Uhr bei Rangmann.
- Düsseldorf-Ratingen.** Abends 9 Uhr bei Paul, Bahnh.
- Gien, Kunst- und Waulschloffer.** Abends 8.30 Uhr „Zur Stadt, Elberfeld“ Steelerstr.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Abends 8 Uhr bei Masius.
- Gevelsberg.** Abends 8.30 Uhr bei J. Schillen, Mittelstr.
- Köln-Chrenfeld.** Abends 9 Uhr bei Nordbrüder, Kappelstr.
- Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herenstr. 34 a.
- München.** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Neopoldstadt“, Genselb.
- Stuttgart-Endlinsburg.** Abends 8.30 Uhr bei Weimann.
- Troisdorf.** Morgens 10.30 Uhr bei Oberfeld.
- Sonntag, den 29. Oktober.**
- Bochum.** Generalversammlung auf 5. November verlegt.
- Berlin-Ober-Schneide.** Vorm. 11 Uhr bei Olesch.
- Dortmund I und II.** Abends 8.30 Uhr im Christlichen Gewerkschaftshaus, Westerschlofferstr. 62, Quartals-Generalversammlung.
- Dortmund-Annen.** Abends 8.30 Uhr bei Rangmann, Wismarstr.
- Düsseldorf-Math.** Vorm. 11 Uhr bei Schüren, Münsterstr.
- Düsseldorf-Oberbilk.** Vorm. 11 Uhr bei Bieder, Cölnerstr.
- Essen-Förner und Giechlerarbeiter zc.** Vorm. 10.30 Uhr im „Vereinshaus“, Grobhauserstr. 19.
- Gien-Geltramonteur.** 11 Uhr bei Schmitz, Steelerstr. 61.
- Gien-Brückenbauer.** Vorm. bei Ramm, Alteneisenstr. 22.
- Frankenthal.** Nachm. 3.30 Uhr in Morheim im „Deutschen Haus“ öffentl. Versammlung alle zur Stelle.
- Gelsenkirchen-Schalle.** Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Gladbek.** Nachm. 4 Uhr bei Kortnot (Christl. Gewerkschaftshaus).
- Hamm-Schiden.** Nachm. 5 Uhr (mit Frauen) bei Heitkamp.
- Heheim.** Nachm. 3 Uhr im Rindergarten. Jeder Kollege muß zur Stelle sein.
- Köln-Kast.** Morgens 11 Uhr bei Hönigsberg, Breuerstr.
- Köln-Sumbold-Kolonie.** Morgens 11 Uhr bei Guit, Walfstr.
- Köln-Denk.** Außerordentliche Generalversammlung, morgens 11 Uhr im Gasthaus „zur Krone“, Freiheitsstr.
- Neunkirchen.** Abends 8 Uhr im Gasthaus zum Stern (Schleppi).
- Reheim-Ost.** Nachm. 2 Uhr bei Westermann.
- Reheim-Sundern.** Nachm. 5 Uhr bei Junke.
- Raderborn.** Vorm. 11 Uhr im Vereinslokal. Beitragsfrage. Hausagitation. Keiner fehlt!
- Stranberg-Ravort-Kaun.** Nachm. 4 Uhr bei Schmitz in Stromberg, mit Vortrag.
- Dienstag, den 31. Oktober.**
- Mülheim-Rhein.** Abends 8.30 Uhr bei Mebold, Regentenstr. Es findet Vortrag statt. Alle Kollegen müssen erscheinen.
- Mittwoch den 1. November.**
- Düsseldorf-Jugendklasse.** Nachm. 3.30 Uhr im Paulshaus, Luisenstraße.
- Dortmund-Kleinverbe.** Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerschlofferstr.
- Grevenbroich-Gudorf-Renhausen.** Vorm. 11.30 Uhr bei Adam Engels-Gudorf.
- Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr Vorstand und Bertram. im Palmgarten, Herenstr. 34 a.
- Reheim-Dröberverwaltung.** Abends 6 Uhr im Gefellenhause Quartals-Generalversammlung. Referat Hrbf. Dreier, Hamm.
- Ruppichteroth.** Morgens 11 Uhr bei Schorn.
- Samstag den 4. November.**
- Berlin-Moabit.** Bei Bergmann, Döberbergstr. 3.
- Dortmund.** 11 a. Cörric. Abends 8.30 Uhr Generalversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerschlofferstr. 62.
- Köln-Ostheim.** Abends 9 Uhr bei Schmitz.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstr. 8.
- Schwelm.** Abends 8.30 Uhr bei W. Wegener, Oseustr.
- Wallau.** Abends 8.30 Uhr in Breinlein bei Georg Schmidt. Vortrag über die R.-G.-D.
- Sonntag den 5. November.**
- Bochum.** Vorm. 10 Uhr bei Birch, Wilhelmstr. (Auswärtiger Redner.)
- Bochum.** Nachm. 5 Uhr Generalversammlung mit Frauen im Gewerkschaftshaus.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Paulshaus, Luisenstraße.
- Großenbaum.** Nachm. 5 Uhr bei Cremerius.
- Paderborn.** Nachm. 2.30 Uhr bei Freunblies (Jahreshilfe) am Remmarkt in Marzloh.
- Köln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Fehder, Hauptstraße.
- Mülheim-Schnelweide.** Abends 6 Uhr bei Groh, mit Frauen.
- Mülheim-Verhausen.** (Dröberverwaltung.) Nachm. 3 Uhr Vorstand und Vertrauensmännerkonferenz aller Zahlstellen bei Remmerling in Oberhausen, Ede-Düppel- und Königstr. Ref. Kollege Hrbf.
- Reheim.** Nachm. 2 Uhr bei Brede, Lotenberg.
- Recklinghausen.** Nachm. 5 Uhr (mit Frauen) bei Salenbauer.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen an der Moersfaherne.
- Wallau.** Nachm. punkt 3.30 Uhr bei G. Heukel XIV. Thema: Die R.-G.-D.